



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 23.10.2026 bis 30.10.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Erster christlicher Fernsehsender gestartet	3
Ägypten: Behörden halten Christen in Isolationshaft	4
Ägypten: Sechs junge Christen wegen Blasphemie-Vorwurf in Haft	6
Bulgarien: Religionsfreiheit endet nicht an der Haustür	7
China: „Gott lässt die Tür immer einen spalt offen“	8
Deutschland: Berliner Stadtmission startet mit neuen Kältebussen in den Winter	10
Deutschland: Bilanz zur Situation der Religionsfreiheit weltweit	11
Deutschland: Fünf kirchliche Gebäude in einer Woche beschädigt	12
Deutschland: Höchste Zahl an Selbsttötungen seit 1998	13
Deutschland: Jugendproteste am 31. Oktober - Christen zum Gebet aufgerufen	15
Deutschland: Organspende - Protest gegen geplante Widerspruchsregelung	16
Deutschland: Sängerin verweigert „Ave Maria“ - „Ich bete nur Jesus Christus an“	17
Deutschland: Sedra-Auftritt in Garching	18
Deutschland: Von Diakonie gekündigte AfD-Kandidatin kämpft weiter um Arbeitsplatz	19
Jordanien: Nach Anschlag - Drei Verdächtige festgenommen	20
Jordanien: Nach Anschlag auf Christen - Luftangriffe auf Syrien	22
Mexico: Christen im Kugelhagel	23
Mexico: Culiacán - Besorgnis wegen des Verschwindens von Pater Clemente Morales Topete	25
Myanmar: In Loikaw erlebt die Kirche unter den Vertriebenen eine Wiedergeburt	26
Nigeria: 14 Jahre Haft für Christin wegen Weitergabe des Glaubens	28
Nigeria: Drei Männer nach Entführung zweier Priester zum Tode verurteilt	29
Nigeria: Viele Entführungen	30
Pakistan: Vom Ziegelofen in die Freiheit	32
Russland: „Menschenfreund“ Putin? –	34
Serbien: Polizist erschießt Angreifer vor israelischer Botschaft	36
Somalia: Ein Glaube, der alles kostet	37
Weltweit: Lage der Christen in vielen Ländern verschlechtert	39

Afghanistan: Erster christlicher Fernsehsender gestartet

„Mozhda TV“ sendet auf Dari und Paschtu

Helsinki (IDEA) – Der nach eigenen Angaben erste christliche Fernsehsender für Afghanistan, „Mozhda TV“ (Frohe Botschaft), hat am 24. Oktober seinen Sendebetrieb aufgenommen. Der Satellitensender strahlt sein Programm zunächst in den Sprachen Dari und Paschtu aus; weitere afghanische Sprachen sollen folgen. Darüber berichtet die Internetplattform „Christian Daily International“. Produziert werden die Sendungen von der christlichen Organisation Avainmedia im Studio in Kerava bei Helsinki in Finnland. Christliche Programme für afghanische Zuschauer gibt es den Produzenten zufolge zwar schon seit vielen Jahren, bisher jedoch keinen eigens dafür eingerichteten Sender. Damit füllt Mozhda TV eine Lücke: Bisherige persischsprachige christliche Satellitensender wie Sat-7 Pars senden überwiegend auf Persisch (Farsi); Dari spielt dort nur eine untergeordnete Rolle, Paschtu wird bislang gar nicht ausgestrahlt.

„Schafe ohne Hirten“

Die erste Predigt hielt der Geschäftsführer von Mozhda TV, Masoud Ghorbani (Kerava bei Helsinki). Er predigte über Markus 6,34, wo Jesus eine Menschenmenge sieht und Mitleid mit ihr hat, „weil sie waren wie Schafe, die keinen Hirten haben“. Er verwies auf getrennte Familien, Verfolgung, Diskriminierung von Frauen und junge Menschen, die mit Verzweiflung kämpften. Die tiefste Tragödie für eine Nation sei nicht das Leid an sich, sondern die Tatsache, dass sie ihren wahren Hirten, Jesus Christus, nicht kenne. Nun hätten Millionen von Afghanen die Gelegenheit, das Evangelium zu hören. „Jesus Christus ist der gute Hirte Afghanistans“, sagte er unter Verweis auf Johannes 10,11.

Taliban können Satelliten nicht kontrollieren

Afghanen mit der christlichen Botschaft zu erreichen, gestaltet sich derzeit schwer: Nach der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 seien fast alle Missionare aus Afghanistan abgezogen worden, erläuterte Ghorbani dazu in einem früheren Interview. Christliche Materialien seien verboten und zerstört worden, auch der Internetzugang werde zeitweise unterbrochen. Doch Satellitenschüsseln und Fernseher seien im Land weit verbreitet. Ghorbani sagte dem finnischen christlichen Medienwerk Sansa (Hyvinge bei Helsinki): „Die Taliban kontrollieren zwar das Land, aber die Satelliten können sie nicht kontrollieren.“ Er rief dazu auf, für die Machthaber in Afghanistan zu beten: „Wir wissen nicht, wer unser Programm gerade zum ersten Mal sieht – vielleicht sogar die Taliban.“ Der Produzent Mikael Tunér, der zuvor fast 20 Jahre beim Sender Sat-7 Pars tätig war, ergänzte, obwohl die Taliban behaupteten, es gebe keine Christen im Land, existierten Untergrundgemeinden; mehrere Tausend Christen lebten dort. Inhaltlich geht Mozhda TV über evangelistische Formate hinaus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Sendungen für Frauen – darunter Gesundheitssendungen sowie Inhalte, die sie bei der Fortsetzung ihrer Ausbildung unterstützen sollen. „Wir wollen ihnen sagen, dass der Herr sie liebt und dass dies nicht das Ende ist – haltet an der Hoffnung fest“, so Ghorbani.

Antwort auf ein Gebet von 1986

Nach den Worten von Harun Ibrahim, dem Gründer von Al Hayat Ministries, reicht die Vision für den Sender bis in das Jahr 1986 zurück. Damals habe man bei einem Jugendcamp bei Tampere in Finnland auch für Afghanistan gebetet. Für Mozhda TV hätten sich Missionsorganisationen aus unterschiedlichen Konfessionen zusammengeschlossen. Er erwarte, dass der Sender nicht nur Afghanistan, sondern auch die Nachbarländer erreiche. Vor der Machtübernahme der Taliban im August 2021 lebten nach Angaben des Hilfswerks Open Doors (Kelkheim) bis zu 12.000 Christen in Afghanistan. Die Zahl der Christen heute ist unbekannt. Von den rund 44 Millionen Bürgern Afghanistans sind 99,8 Prozent Muslime.

Ägypten: Behörden halten Christen in Isolationshaft

Die ägyptischen Behörden haben diesen Monat einen koptischen Christen wegen Facebook-Beiträgen festgenommen, in denen er die erzwungene islamische Erziehung von Nicht-Muslimen kritisierte. Sechs junge Kopten, die wegen eines TikTok-Videos festgehalten worden waren, wurden freigelassen.

Ägyptische Sicherheitskräfte nahmen Sherif Wagih Fahmi, einen 41-jährigen koptischen Ingenieur, am 5. Oktober in seiner Wohnung in Alexandria fest und halten ihn laut „Coptic Solidarity“ wegen seiner Facebook-Beiträge in Isolationshaft. Beamte der Nationalen Sicherheitsbehörde seien am frühen Nachmittag in Militärfahrzeugen bei Fahmi eingetroffen, hätten seine Wohnung durchsucht und ihn in Gewahrsam genommen, erklärte die Menschenrechtsorganisation.

Fahmi wurde wegen seiner Facebook-Beiträge der letzten Wochen festgenommen, in denen er die Bildungspolitik verurteilte, die nach Ansicht zahlreicher Menschenrechtsaktivisten die christliche Minderheit marginalisiert oder sogar diffamiert, so „Coptic Solidarity“ und andere Organisationen.

Es war unklar, wo genau Fahmi festgehalten wurde. Ihm wurde „Verachtung des Islam“ vorgeworfen, doch laut „Coptic Solidarity“ wurde ihm noch keine Aktennummer für die Gerichtsverhandlung zugewiesen.

Religionsunterricht ist für schulpflichtige Kinder in Ägypten verpflichtend. Theoretisch dürfen christliche Kinder vom Islamunterricht befreit werden, doch diese Regel wird oft ignoriert, und christliche Kinder werden häufig gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen. Im Arabischunterricht und sogar im Sozialkundeunterricht erhalten Christen Unterricht, bei dem der Koran als Haupttext dient, und die Schüler werden dazu angehalten, Koranverse auswendig zu lernen und sogar zu interpretieren.

Einem Bericht des Tahrir-Instituts zufolge enthalten einige ägyptische Schulbücher Passagen, die Christen beleidigen oder im Widerspruch zu den religiösen Überzeugungen nicht-muslimischer Schüler stehen.

„Das Bildungsprogramm enthält keinerlei Unterrichtseinheiten, Texte oder Erwähnungen anderer Glaubensrichtungen oder Religionen; ägyptische christliche oder jüdische historische Persönlichkeiten sowie wichtige nicht-muslimische religiöse Feiertage werden gänzlich ausgeklammert“, erklärt Ishak Ibrahim, ein renommierter Menschenrechtsforscher, in dem Bericht. „Das Gleiche gilt für die koptische Geschichte, obwohl die koptische Kirche damals sowohl im Inland als auch im Ausland eine herausragende Rolle im Umgang mit dem Römischen und dem Byzantinischen Reich spielte.“

Fahmis Verschwinden ist Teil einer seit Langem andauernden und gezielten Kampagne der ägyptischen Regierung, aktive Christen sowie diejenigen einzuschüchtern, die in den sozialen Medien die Leugnung antichristlicher Verfolgung durch den Staat anprangern. Am Mittwoch (21. Oktober) wurde der Prozess gegen einen weiteren inhaftierten Christen, Said Mansour Rezk Abdelrazek, auf den 3. November verlagert, um der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung Zeit zur Vorbereitung ihrer Plädoyers zu geben. Laut „Coptic Solidarity“ werden die Verteidiger ihre Plädoyers am 3. November vorbringen.

Der 30-jährige Abdelrazek, ein Konvertit vom Islam, wird der Verachtung des Islam, der Anstiftung zu öffentlichen Unruhen, der Verbreitung falscher Informationen und der Mitgliedschaft in einer verbotenen terroristischen Vereinigung beschuldigt, was mit der Möglichkeit der Todesstrafe verbunden ist. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, erklären, Abdelrazek sei zu Unrecht angeklagt worden, als Strafe für seine Konversion und seine Versuche, die Religionsangabe auf seinem Personalausweis zu ändern.

Wie Fahmi war auch Abdelrazek in den sozialen Medien sehr aktiv. Seit seiner jüngsten Festnahme am 15. Juli 2025 befindet er sich in Untersuchungshaft.

Bei einem weiteren Vorfall in diesem Monat, bei dem es um Äußerungen im Internet ging, wurden sechs koptische Männer, darunter ein 17-Jähriger, festgenommen, nachdem sie auf TikTok ein Video gepostet hatten, in dem sie eine berühmte Filmszene nachstellten, in der eine Gruppe muslimischer Männer versucht zu beten.

Die sechs Kopten, die alle aus dem Dorf Taha Al-Aamida in Samalout im Gouvernement Minya stammen, erhielten daraufhin Online-Drohungen und wurden am 6. Oktober festgenommen, nachdem Dorfbewohner das Video bei der Polizei gemeldet hatten. Nach einer ersten Vernehmung verlängerte ein Richter die Untersuchungshaft der sechs Kopten. Die „Egyptian Initiative for Personal Rights“ bestätigte am Montag (26. Oktober), dass die Oberste Staatsanwaltschaft für Staatssicherheit angeordnet habe, sie ohne Kautionsfreizulassen, während sie auf künftige Gerichtsverfahren warten, die nun im Wesentlichen auf Eis gelegt wurden.

Mehrere Menschenrechtsgruppen haben die Festnahme als unnötige Doppelmoral verurteilt, die angewendet werde, um die koptische Minderheit zu schikanieren. Die Filmszene wurde im Internet bereits tausende Male von ägyptischen Fans, von denen die meisten Muslime sind, nachgespielt, ohne dass es zuvor zu bekannten Zwischenfällen gekommen wäre.

Die Szene stammt aus „Khalawis“ („Ready Or Not“), einer Familienkomödie aus dem Jahr 2018 über die irrtümliche Festnahme eines 5-jährigen Jungen. In der Szene versucht eine Gruppe muslimischer Häftlinge zu beten, muss jedoch feststellen, dass sie nicht wissen, wie man dies richtig tut. Der Film wurde von der staatlichen Zensurbehörde genehmigt und wird in Ägypten regelmäßig im Satellitenfernsehen ausgestrahlt.

Die Regierung warf den Jugendlichen vor, das islamische Gebet verspottet zu haben, und klagte sie wegen Blasphemie, Verachtung der Religion und der Nutzung der Religion zur Verbreitung extremistischer Ideen an. Noch bevor Anklage erhoben wurde, löschten die Jugendlichen das Video und entschuldigten sich. Die örtliche koptische Diözese veranstaltete ein traditionelles Versöhnungstreffen, um die Spannungen im Dorf abzubauen – jedoch ohne Erfolg.

Gleichzeitig legt ein anderer Christ Berufung gegen eine fünfjährige Haftstrafe mit Zwangsarbeit ein, nachdem er am 3. Januar wegen „Verachtung der Religion“ und „Missbrauchs sozialer Medien“ für schuldig befunden wurde. Augustinos Samaan, ein 37-jähriger koptisch-christlicher Forscher mit einem Dokortitel in Vergleichender Religionswissenschaft, betrieb im Rahmen einer Online-Seelsorge einen YouTube-Kanal, auf dem er christliche Theologie erläuterte. In seinen Videos erörterte er die Unterschiede zwischen Christentum und Islam und versuchte, antichristliche Stimmungen zu widerlegen, während er gleichzeitig bestrebt war, konfessionelle Konflikte zu minimieren.

Was genau Samaan ins Visier der ägyptischen Behörden brachte, ist unbekannt, doch seine Seite hatte mehr als 100.000 Abonnenten. Er wurde am 1. Oktober 2025 bei einer Razzia der Sicherheitskräfte in den frühen Morgenstunden in seiner Wohnung festgenommen. Rechtsexperten bezeichnen die Vorwürfe gegen Samaan als unbegründet und halten sein Verfahren, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Rechtsbeistand durchgeführt wurde, für unzulässig, wenn nicht sogar rechtswidrig.

Eine formelle Berufung – Samaans letzte – ist für den 15. November vor dem ägyptischen Kassationsgericht angesetzt.

Ägypten hat eine lange Tradition darin, Konvertiten vom Islam auf unbestimmte Zeit festzuhalten, in der Hoffnung, dass sie unter dem Druck endloser Haft schließlich zusammenbrechen und dann öffentlich ihrem Bekenntnis zu Christus abschwören. Der Fall von Mohammed Hegazy war ein bemerkenswertes Beispiel dafür. Die ägyptische Regierung hielt Hegazy, einen Konvertiten, der landesweit bekannt wurde, weil er versuchte, die in seinem Personalausweis eingetragene Religion zu ändern, mehr als zweieinhalb Jahre lang ohne Anklage fest, bis er schließlich zusammenbrach und am 30. Juli 2016 auf YouTube seine Konversion widerrief.

Er hat seitdem offenbart, dass seine Erklärung unter Zwang abgegeben wurde und dass er seinen Glauben an Christus nie aufgegeben hat.

Die ägyptische Regierung hielt auch Abdul-Baqi Saeed Abdo, einen jemenitischen Konvertiten vom Islam, mehr als zwei Jahre lang in Untersuchungshaft fest, um seinen Glauben an Christus zu erschüttern. Abdo, der wegen seines Glaubens schwer gelitten hat, war im Internet sehr aktiv und diskutierte dort über die Verfolgung von Christen in der muslimischen Welt.

Gegen Abdo wurde nie Anklage erhoben, doch unter starkem internationalem Druck wurde er schließlich freigelassen und abgeschoben. Ein weiterer Konvertit vom Islam mit aktiver Internetpräsenz, Nour Girgis, wurde zur gleichen Zeit wie Abdo festgenommen und ebenfalls freigelassen.

Ägypten belegte Platz 42 auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors, einer Liste der Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2026/10/authorities-in-egypt-hold-christian-incommunicado/>

Ägypten: Sechs junge Christen wegen Blasphemie-Vorwurf in Haft

Sie hatten eine bekannte Komödie nachgespielt und als Video gepostet

Wien/Taha al-Aamida (IDEA) – In Ägypten sind sechs junge Christen wegen angeblicher Blasphemie verhaftet worden. Sie hatten ein Video auf der Plattform TikTok geteilt, das die Behörden als beleidigend für den Islam einstufen. Darauf hat die christliche Menschenrechtsorganisation Alliance Defending Freedom International hingewiesen und ihre Freilassung gefordert. In dem Video hätten die jungen Männer im Alter zwischen 17 und 23 Jahren eine Szene einer ägyptischen Filmkomödie nachgespielt, die 2018 in die Kinos des Landes kam. Sie zeige Strafgefangene, die sich auf ein Gebet vorbereiteten, aber die dafür nötigen Koranverse nicht kennen. Das Video erschien am 4. Oktober auf TikTok. Darunter sammelten sich laut Alliance Defending Freedom Kommentare, die zu Gewalt gegen die jungen Männer und ihre Familien aufriefen. Bewohner ihres Dorfes im Bezirk Samalout in der Provinz Minya hätten die sechs den Behörden gemeldet. Am 6. Oktober seien sie verhört worden. Man sei davon ausgegangen, dass sie freikämen, sobald sich die Spannungen im Dorf gelegt hätten. Stattdessen seien sie weiterhin in Haft.

Menschenrechtler: Fall ist Teil einer umfassenderen Verfolgung

Fälle wie dieser seien in Ägypten „tragischerweise weit verbreitet“, erklärte die Vizepräsidentin für internationale Interessenvertretung der Menschenrechtsorganisation, Kelsey Zorzi (Washington). Christen seien dort Drohungen, Diskriminierung und Haftstrafen ausgesetzt. Ihre Äußerungen gälten nur deshalb als problematisch, weil sie nicht der Mehrheitsreligion angehörten. Die jungen Männer hätten lediglich ein unbeschwertes Video mit Tonaufnahmen aus einem populären Film geteilt, wie es viele andere TikTok-Nutzer ebenfalls getan hätten. „Es gibt keinen Grund, sie anzuklagen oder zu inhaftieren“, so Zorzi. Christen sollten niemals eine Strafe fürchten müssen, weil sie einen Beitrag geteilt hätten. Laut Alliance Defending Freedom ist der Fall Teil einer umfassenderen Verfolgung religiöser Minderheiten in Ägypten. Allein im vergangenen Jahr seien zahlreiche Angehörige religiöser Minderheiten strafrechtlich verfolgt und inhaftiert worden, weil sie angeblich blasphemische Inhalte in Sozialen Medien veröffentlicht hätten. Dies geschehe im Rahmen eines breiteren Vorgehens gegen Online-Inhalte, die als Beleidigung des Islam aufgefasst würden. Als Beispiel nannte die Organisation unter anderem den YouTuber Augustinos Samaan. Er wurde zu fünf Jahren Haft mit Zwangsarbeit [verurteilt](#), weil er in Videos den christlichen Glauben erklärt und verteidigt hatte. Rund 90 Prozent der etwa 118 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime. Die Kopten bilden die größte christliche Gemeinschaft des Landes und gelten als eine der ältesten Kirchen weltweit. Ihre Zahl wird auf rund zehn Millionen geschätzt.

Bulgarien: Religionsfreiheit endet nicht an der Haustür

Unerwünscht heißt nicht verboten. Diesen Grundsatz hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Streit um religiöse Hausbesuche in Bulgarien bekräftigt.

(IDEA) Die christliche Menschenrechtsorganisation Alliance Defending Freedom International erklärt, warum das Urteil uns alle angeht.

Was vor rund zehn Jahren mit einigen Beschwerden über unerwünschte Glaubensgespräche in Shumen im Nordosten Bulgariens begann, hat es bis nach Straßburg geschafft. Dort entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Juni über den Fall „Velev und andere gegen Bulgarien“. Ausgangspunkt waren Beschwerden von Anwohnern, die sich durch Gesprächsangebote von Zeugen Jehovas an der Haustür belästigt fühlten. Der Gemeinderat reagierte 2016 mit einem pauschalen Verbot von „religiöser Propaganda“ unter anderem an der Haustür. Das Verwaltungsgericht Shumen hob die Regelung zunächst auf – doch der Oberste Verwaltungsgerichtshof in der bulgarischen Hauptstadt Sofia stellte sich 2021 hinter das Verbot. Damit stand die Tür offen für ein landesweites Missionsverbot. Die Gemeinschaft der Zeugen Jehovas um das Mitglied Krasimir Dinchev Velev reichte daraufhin Beschwerde beim EGMR ein. Angesichts der möglichen weitreichenden Folgen des Falles wurden wir auf ihn aufmerksam und reichten eine schriftliche Stellungnahme dazu ein.

Shumen betrifft ganz Europa

„Auf den ersten Blick geht es um Hausbesuche der Zeugen Jehovas“, sagt Felix Böllmann, Leiter unserer europäischen Rechtsabteilung. „Schaut man genauer hin, geht es darum, wie rasch Kommunen bereit sind, Grundrechte einzuschränken, wenn es jemand lautstark verlangt. Solche Einschränkungen können sich unversehens ausweiten.“ Die Gefahr sei groß, dass das Beispiel Schule mache – denn Behörden und Gerichte in anderen europäischen Ländern könnten sich auf solche Urteile berufen. Der EGMR prüfte den Fall anhand von Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Religionsfreiheit schützt. In diesem Zuge stellten die Richter fest: Friedlich von Tür zu Tür zu gehen und zu predigen, ist keine missbräuchliche Propaganda, sondern geschützte Religionsausübung. Die bulgarischen Behörden konnten keine konkreten Störungen nachweisen, sondern nur auf „den unerwünschten Charakter bestimmter Hausbesuche“ verweisen. Das reicht nicht für ein pauschales Verbot, befand das Gericht.

Wenn Sprache unscharf wird

Stein des Anstoßes für Menschenrechtler war der Begriff der „religiösen Propaganda“. Er blieb undefiniert – und damit ein Hebel, um Grundrechte auszuhöhlen: „Unklare Begriffe eröffnen weite Spielräume, sie für eigene Zwecke zu nutzen und andere einzuschüchtern“, so Böllmann. Mit seinem Urteil setzt der EGMR hier ein klares Korrektiv dagegen. Friedliches Missionieren ist geschützt. Nur „unzulässiger Proselytismus“ – also Bekehrungsversuche mit Druck, Manipulation oder Machtmissbrauch – darf eingeschränkt werden. Die Richter formulierten es deutlich: „Die bloße Tatsache, religiösen Ideen ausgesetzt zu sein, die man nicht teilt, rechtfertigt nicht, pauschal friedliche missionarische Aktivitäten zu verbieten.“ Das Urteil erinnert daran, dass Grundrechte auch dann gelten, wenn religiöse Präsenz unbequem ist. Und genau das ist der Prüfstein liberaler Demokratien, betont Böllmann: „Wenn Unerwünschtheit zum Maßstab staatlichen Handelns wird, geraten alle Grundrechte ins Wanken. Heute trifft es religiöse Gruppen. Morgen vielleicht politische Initiativen, NGOs oder einfach Meinungen, die ‚stören‘. Eine Demokratie, die nur das zulässt, was niemanden irritiert, ist keine Demokratie mehr – sie ist ein Stimmungsregime.“ Für Böllmann ist das Urteil eine Chance: „Wir können Religionsfreiheit endlich aus der Nische holen und als das diskutieren, was sie ist – ein Lackmustest für die demokratische Kultur. Wer das Urteil liest, erkennt: Es geht nicht nur um Religion. Es geht auch um Macht. Und darum, wie wir verhindern, dass sie missbraucht wird.“

China: „Gott lässt die Tür immer einen spalt offen“

Obwohl die Kommunistische Partei seit Jahrzehnten den Atheismus propagiert, leben in China viele Millionen Christen. Mit immer neuen Gesetzen verschärft die Partei die Kontrolle über die Gläubigen, vor allem in den nicht registrierten Hauskirchen

(IDEA) Obwohl die Kommunistische Partei seit Jahrzehnten den Atheismus propagiert, leben in China viele Millionen Christen. Mit immer neuen Gesetzen verschärft die Partei die Kontrolle über die Gläubigen, vor allem in den nicht registrierten Hauskirchen. Das Hilfswerk Open Doors gibt einen Einblick.

Als Pastor Jin Mingri Anfang Juli nach dem persönlichen Einsatz von US-Präsident Donald Trump freikam und in die USA ausreisen durfte, machte das weltweit Schlagzeilen – denn gute Nachrichten für Chinas Christen sind rar geworden. Die von ihm gegründete Pekinger Zion-Kirche galt bei seiner Verhaftung 2025 als eines der größten und einflussreichsten Netzwerke der chinesischen Untergrundkirche: über 10.000 Mitglieder in rund 40 Städten. Wie viele Hauskirchen war sie offiziell illegal, wurde aber lange geduldet, solange der Staat der Zivilgesellschaft etwas mehr Raum ließ. Doch dieser Spielraum schrumpft. Wie stark der Druck wächst, zeigt der Weltverfolgungsindex: 2018 lag China noch auf Rang 43, heute steht es auf Rang 17.

Glaube nur unter Parteiaufsicht

Dahinter steht ein Grundsatz: Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) betrachtet Religion als Bedrohung, erst recht, wenn sie sich staatlicher Kontrolle entzieht. Mit der Politik der „Sinisierung“ unterstellt sie seit Jahren alle gesellschaftlichen Kräfte ihrer Führung, auch die Religionsgemeinschaften. Deren Lehren, Bräuche und Moralvorstellungen müssen sich der dominierenden Han-chinesischen Kultur anpassen.

Christen werden deshalb zunehmend gedrängt, sich registrierten Kirchen anzuschließen. Diese stehen unter staatlicher Aufsicht und folgen der Ideologie der Partei; Predigten und Personalentscheidungen werden kontrolliert. Viele Gemeinden lehnen eine Registrierung daher ab und zahlen dafür einen hohen Preis: Razzien, Schließungen, Verhaftungen von Leitern und die Beschlagnahmung christlicher Materialien häufen sich.

Gesetz um Gesetz wird es enger

Unter Xi Jinping, seit rund 14 Jahren Parteichef, ist der Wirkungskreis der Hauskirchen systematisch beschnitten worden. Seit 2018 hat die Regierung in rascher Folge neue Vorschriften erlassen, die vor allem Pastoren und Gemeindeleitern kaum noch Handlungsfreiheit lassen. Nach dem Ende der Pandemie 2023 hat sich die Verfolgung nochmals verschärft und erfasst immer mehr Regionen und Gruppen, weil die Partei zunehmend auf „nationale Sicherheit“ und die Kontrolle potenziell „gefährlicher“ Unruheherde setzt. Zugleich nehmen Anklagen gegen Christen zu, die scheinbar nichts mit Religion zu tun haben, etwa wegen „illegaler Geschäfte“ oder „Betrugs“. Solche Anklagen sind zu einer Art „neuem Standard“ geworden – womöglich, um der Bevölkerung zu zeigen, dass der Staat sie vor gefährlichen Gruppen schützt.

Online-Vorschriften bringen weitere Einschränkungen

Seit September 2025 verbieten neue Online-Vorschriften Geistlichen digitale Gottesdienste, Spendensammlungen und christliche Jugendarbeit außerhalb staatlicher Kontrolle. Pastor Jin wurde wenige Wochen später wegen „illegaler Nutzung von Informationsnetzwerken“ verhaftet, weil seine Zion-Kirche einen der größten Zoom-Gottesdienste des Landes anbot.

Auch 2026 ging es weiter: Am 1. Januar trat das revidierte „Gesetz zur öffentlichen Sicherheit“ in Kraft. Es ahndet „illegale religiöse Aktivitäten“ und trifft damit besonders die Hauskirchen. Am 1. Juli folgte das Gesetz zur „Förderung der ethnischen Einheit und des Fortschritts“. Es zielt vor allem auf die ethnischen Minderheiten und schreibt unter anderem den Vorrang von Mandarin vor; Beobachter sprechen von „Assimilierung“. Ausdrücklich nimmt es auch religiöse Autoritäten wie buddhistische Mönche und Kirchenleiter in die Pflicht. Für Christen unter den Minderheiten drohen damit schärfere Konsequenzen als zuvor.

Abgetaucht, aber nicht allein

Weit über die Zion-Kirche hinaus spüren Zehntausende Gemeinden die Folgen. Viele haben sich in kleine Gruppen aufgeteilt und noch weiter aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, um den Behörden nicht aufzufallen. So auch die Gemeinde von Jinyi (Name geändert). Nach der zweiten Razzia wurde ihr Ehemann als Leiter verhaftet. „Es gab so viele Momente, in denen ich aufgeben wollte“, erinnert sie sich. Kraft habe ihr der Gedanke gegeben, dass weltweit viele Christen für sie beten. Während sich einige Kirchen auflösen, will die mutige Christin weitermachen. Geschichten wie die von Jinyi zeigen: Der Druck ist enorm, und doch wirkt Gott weiterhin in seiner Gemeinde in China. Das betont auch Yun (Name geändert): „Seht die gegenwärtige Situation in China nicht hoffnungsloser, als sie ist. Natürlich stehen die Christen unter hohem Druck, aber es ist nicht so schrecklich, wie es scheint. Gott lässt die Tür für uns immer einen Spalt weit offen. Und durch diesen Spalt entfaltet sich sein Reich auch weiterhin.“

Hintergrundinformationen

1949 rief Mao Tse-tung die Volksrepublik China aus. Xi Jinping, seit 2012 Generalsekretär der KPC, gilt als mächtigster Führer seit Mao. Seine Vorstellungen vom nationalistischen Sozialismus flossen 2017 in die Parteiverfassung. Sie und die Sinisierung – die Anpassung an Chinas Kultur und sozialistische Werte – sollen Volk und Religionen auf Linie bringen. Registrierte Kirchen gehören zur Drei-Selbst-Bewegung oder zur Katholisch-Patriotischen Vereinigung. Illegale Haus- und Untergrundkirchen werden zunehmend verfolgt. Geistliche müssen Partei und Sozialismus unterstützen, sonst drohen Strafen. Hunderte Millionen Kameras, teils mit Gesichtserkennung, überwachen Menschen. Künstliche Intelligenz (KI), die Muster leicht erkennt, verstärkt die digitale Kontrolle weiter. Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit bleiben Theorie. Mit Partnerschaften, z. B. mit den BRICS-Staaten, will China weltweit Einfluss gewinnen und Menschenrechte umdeuten. Die Zahl der Christen im Land ist schwer zu bestimmen. Unabhängige Schätzungen liegen zwischen 96 und 130 Millionen; die meisten gehören Untergrund- oder Hauskirchen an. Die Regierung meldete 2018 rund 38 Millionen Protestanten und 10 bis 12 Millionen Katholiken – laut Experten deutlich zu wenig. Während einige weiter von einem Wachstum ausgehen, sieht das Pew Research Center eher eine Stagnation.

Kontakt

Open Doors Deutschland

Postfach 11 42 | 65761 Kelkheim

Tel.: 06195 6767-0

E-Mail: info@opendoors.de

Web: [opendoors.de](https://www.opendoors.de)

Deutschland: Berliner Stadtmission startet mit neuen Kältebussen in den Winter

Nach Brandanschlägen: Drei Fahrzeuge wieder im Einsatz für Obdachlose

Berlin (IDEA) – Die Berliner Stadtmission schickt in diesem Winter wieder drei Kältebusse auf die Straßen der Hauptstadt. Nach Brandanschlägen auf die Fahrzeuge zum Jahreswechsel 2026 konnten dank zahlreicher Spenden zwei neue Kleintransporter angeschafft werden. Wie die Pressesprecherin der Berliner Stadtmission, Barbara Breuer, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA bestätigte, starten die Busse am 1. November ihren Einsatz und sind bis März für Obdachlose unterwegs. Zum Hintergrund: Am [28. Dezember](#) und am [1. Januar](#) hatte ein 43-Jähriger Brandanschläge auf die drei Kältebusse verübt, bei denen zwei Fahrzeuge zerstört wurden. Laut Breuer traf die Stadtmission nach dem ersten Vorfall Sicherheitsvorkehrungen und beauftragte einen Sicherheitsdienst, der inzwischen ganztägig auf dem Gelände präsent ist. Ein Security-Mitarbeiter erappte den Täter bei seinem zweiten Anschlag auf frischer Tat. Mitarbeiter des christlichen Werks und des Sicherheitsdienstes löschten das Feuer und übergaben den Mann der Polizei. Bei dem Täter handelt es sich um einen psychisch kranken Obdachlosen, der sich inzwischen in einer [Psychiatrie](#) befindet.

Solidarität nach den Anschlägen

Nach den Bränden hätten Menschen Busse zur Verfügung gestellt, Hilfe angeboten und gespendet, heißt es in einer Mitteilung zum Saisonbeginn. Bereits am Tag nach dem zweiten Anschlag habe festgestanden, dass die nächtlichen Fahrten mit Leihbussen fortgesetzt werden konnten. Die Initiatorin des Kältebusses und Leiterin des Fachbereiches Wohnungslosenhilfe, Karen Holzinger, zeigte sich darüber dankbar. Die beiden neu angeschafften Kleintransporter seien mit elektrischen Hebebühnen ausgestattet, damit auch mobilitätseingeschränkte Menschen befördert werden könnten. Für die kommende Kältehilfesaion wünscht sich Holzinger: „Dass Gottes Geist uns so lenkt, dass wir dorthin fahren, wo Menschen auf uns angewiesen sind und wir so dazu beitragen können, dass niemand in dieser Stadt in diesem Winter erfrieren muss.“ Rund 60 Ehrenamtliche und zwei hauptamtliche Mitarbeiter ermöglichen den Einsatz der Kältebusse. Seit 1994 fahren sie mit Schlafsäcken, heißem Tee und Suppe von Anfang November bis Ende März zu Menschen, die auf der Straße leben. Ihr Ziel ist es, Obdachlose in Notunterkünfte zu bringen, um sie vor dem Kältetod zu bewahren. Dafür stehen der Stadtmission 225 Notübernachtungsplätze zur Verfügung. Nach eigenen Angaben hatten ihre Mitarbeiter während der vergangenen Winterzeit Kontakt zu 3.783 obdachlosen Menschen. 1.784 von ihnen seien in eine warme und sichere Bleibe gebracht worden. Die Arbeit des Kältebus-Teams sowie die Fahrzeuge werden komplett aus Spenden finanziert.

Deutschland: Bilanz zur Situation der Religionsfreiheit weltweit

Pressekonferenz zur Vorstellung der Jahrbücher „Religionsfreiheit 2026“ sowie „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2026“

Pressekonferenz zur Vorstellung der Jahrbücher „Religionsfreiheit 2026“ sowie „Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2026“

(Bonn, 26.10.2026) Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD), das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF) sowie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (ISHR) laden für den 3. November 2026 zu einer Pressekonferenz anlässlich der Vorstellung der Jahrbücher „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“ ein. Die Pressekonferenz beginnt um 14 Uhr und findet im Büro des politischen Beauftragten der Evangelischen Allianz in Deutschland in der Behrenstraße 73, 10117 Berlin, statt. Zur persönlichen Teilnahme vor Ort oder online wird um Anmeldung per E-Mail über buero.berlin@ead.de gebeten.

In der Einladung heißt es: „Religionsfreiheit ist ein Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft. Deshalb berichten, analysieren und bilanzieren wir die Lage im Jahr 2026. Wir informieren über Antisemitismus, über das Verschwinden von Kirchen, die Verfolgung von Minderheiten durch staatliche Institutionen und extremistische Gruppen, über staatliche Diskriminierung von Gläubigen über den Tod hinaus sowie über vergessene Pioniere der Religionsfreiheit.“

Die Konferenz wird vom Generalsekretär der ISHR, Matthiäs Böhning, sowie vom politischen Beauftragten der Evangelischen Allianz am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, Dr. Johann Matthies, moderiert. Als Redner zur aktuellen Lage der Religionsfreiheit weltweit sind folgende Redner, Autoren und Experten eingeladen:

- Thomas Rachel MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit,
- Dr. Gudrun Kugler, Abgeordnete zum Nationalrat, Vize-Präsidentin der OSZE Parlamentarischen Versammlung, Sprecherin für Menschenrechte der ÖVP
- Prof. Dr. Thomas Schirrmacher, Präsident des IIRF und der ISHR

Die Jahrbücher stehen unmittelbar nach der Pressekonferenz zum kostenfreien Download bereit oder können als gedruckte Fassung für 16 Euro im Buchhandel oder beim Verlag für Kultur und Wissenschaft (vkwonline.com) erworben werden. Gemeinnützige Organisationen können kostenlose Exemplare zur gezielten Weitergabe an Entscheidungsträger in 10er-Paketen beim Internationalen Institut für Religionsfreiheit vorbestellen (jahrbuch@vkw.li, Fax: 0228/9650389).

Deutschland: Fünf kirchliche Gebäude in einer Woche beschädigt

Leipzig: Auch die freikirchliche Zeal Church ist betroffen

Leipzig (IDEA) – Unbekannte haben am 25. Oktober die Eingangstür der freikirchlichen Zeal Church in Leipzig beschädigt. Das teilte Pastor René Wagner (Leipzig) der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Eine Mitarbeiterin der Kirche habe ihn am Sonntagmorgen gegen 6.40 Uhr angerufen und über den Schaden informiert. Die Polizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Beschädigt wurden eine Scheibe und der Türrahmen des Gemeindegebäudes. Vor der Tür lagen drei Pflastersteine. Die Polizei bestätigte gegenüber Wagner, dass diese im Zusammenhang mit der Tat stehen. Den Schaden bezifferte Wagner auf einen vierstelligen Betrag. Nach Angaben der Polizei Leipzig kam es zwischen dem 21. und 25. Oktober im Stadtgebiet zu insgesamt fünf Sachbeschädigungen an Kirchen. Unbekannte Täter beschädigten mit bislang unbekannten Gegenständen Fensterscheiben, Türen und teilweise Fassaden der betroffenen Freikirchen in der Torgauer Straße, der Georg-Schwarz-Straße in Leipzig-Leutzsch, der Karlsruher Straße in Grünau-Mitte sowie in der Hans-Poeche-Straße und der Jacobstraße. Die Ermittlungen wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung wurden in allen fünf Fällen aufgenommen. Auf Nachfrage von IDEA erklärte die Polizei, sie könne einen linksextremistischen Hintergrund weder bestätigen noch ausschließen.

„Neue Dimension“ nach 29 Anschlägen auf das Café

Im Gottesdienst am 25. Oktober ordnete Wagner den Vorfall vor seiner Gemeinde ein. „Als würden 29 Anschläge auf unser mittlerweile geschlossenes Café nicht reichen, geht es jetzt weiter an unseren Gemeindegebäuden in Leipzig“, sagte er. Dies nehme „eine komplett neue Dimension an“. Hintergrund ist eine seit rund drei Jahren andauernde Serie von Angriffen auf das von der Zeal Church betriebene Café „Stay“ im Stadtteil Reudnitz, das inzwischen geschlossen wurde. In einem Bekennerschreiben auf der linksextremistischen Plattform „Indymedia“ hatten sich autonome Aktivisten im Juli zu einem der Angriffe bekannt und das Café als „queerfeindlich“ bezeichnet. Wagner rief im Gottesdienst zum Gebet für Europa, die Politik, die Polizei und die jüdischen Gemeinden auf. Er verwies auf den jüngsten Angriff auf eine Synagoge in Paris. „Ich habe kein Problem mit Demonstrationen“, betonte er. Diese seien ein wichtiges Recht in einer Demokratie. Was jedoch in den letzten Wochen in Frankreich, Spanien und Italien geschehen sei, habe „nichts mit Demonstrationen zu tun“, sondern seien „Gewalttaten“ und „Zerstörungswut“, die „die Ränder radikalisiert“ – „ob links, ob rechts“. Zudem wandte er sich gegen den Vorwurf, die Gemeinde baue selbst ein Feindbild auf: „Wir bauen hier kein Feindbild auf. Wir sind zum Feindbild geworden.“ Er werde als Pastor und Christ nicht schweigen, wo Ungerechtigkeit geschehe. Zugleich kündigte er an, weiter mit Vergebung zu reagieren: „Wir gehen immer in Vergebung. Wir werden immer friedlich reagieren. Aber wir verteidigen auch, was uns anvertraut ist.“

Sorge vor Ausschreitungen am 31. Oktober

Wagner äußerte sich gegenüber IDEA besorgt über mögliche Ausschreitungen im Zuge der angekündigten Proteste in Deutschland am 31. Oktober. Die Räume der Zeal Church befänden sich unweit des Augustusplatzes, wo der Hauptversammlungsort in Leipzig geplant sei. Nach Einschätzung Wagners wird die Lage in Leipzig „zu 100 Prozent“ eskalieren: „Keine Demo, in der der schwarze Block und die linksautonome Szene demonstriert hat, die nicht eskaliert sind.“ Die sächsische Polizei sei seit Jahren unterbesetzt. Deutschlandweit seien derzeit 26 Städte mit angemeldeten Demonstrationen betroffen.

Gemeinde reagiert mit erhöhter Wachsamkeit

Die Gemeindeleitung habe einzelne Mitglieder mit Polizei- oder Sicherheitshintergrund für die Sonntage sensibilisiert, so Wagner. Einen formellen Sicherheitsdienst gebe es bislang nicht. Während des Gottesdienstes erfuhr Wagner auch von weiteren Sachbeschädigungen an anderen Kirchen in der Stadt. Wagner wollte sich im Gespräch mit IDEA nicht auf einen bestimmten Täterkreis festlegen: „Ich kann definitiv nicht sagen, dass es ein linker Anschlag war.“ Ein Bekennerschreiben liege bislang nicht vor. Der Vermieter prüfe, ob Kameraaufnahmen eines Parkleitsystems Hinweise liefern könnten. Die Zeal Church gehört zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP).

Deutschland: Höchste Zahl an Selbsttötungen seit 1998

Starker Anstieg bei Frauen – unter anderem durch Selbstvergiftung

Kassel (IDEA) – In Deutschland haben sich im Jahr 2025 so viele Menschen das Leben genommen wie seit 1998 nicht mehr. 11.334 Menschen starben durch Suizid und damit 9,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Das teilten das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland und die Deutsche Akademie für Suizidprävention am 28. Oktober in Kassel mit. Grundlage ist die Todesursachenstatistik für 2025. Demnach ist die Zahl der Suizide seit 2021 um rund 23 Prozent gestiegen. Zuvor war sie über Jahrzehnte tendenziell gesunken. Männer sind mit einem Anteil von 69,2 Prozent weiterhin deutlich häufiger betroffen. Die Suizidraten nähern sich jedoch zunehmend an: Seit 2020 stieg die Zahl der Suizide bei Frauen um 54 Prozent, bei Männern um 13 Prozent.

Mehr Selbstvergiftungen mit Arzneimitteln

Besonders auffällig sei der Anstieg der Todesfälle durch Selbstvergiftung mit Arzneimitteln und anderen Substanzen, hieß es. Bei Frauen stieg ihre Zahl 2025 auf 1.593 (2024: 1.073). Rechnerisch geht damit nahezu der gesamte Anstieg bei Frauen auf diese Todesursachen zurück. Diese Entwicklung falle zeitlich mit einer deutlichen Zunahme assistierter Suizide zusammen. Drei Suizidhilfe-Organisationen meldeten für 2025 insgesamt 1.287 begleitete Selbsttötungen, nach 977 im Vorjahr. Assistierte Suizide würden in der bundesweiten Todesursachenstatistik nicht gesondert ausgewiesen, erklärten Präventionsprogramm und Akademie. Die verfügbaren Daten begründeten aber die Vermutung, dass die zunehmende Suizidassistenz zum Anstieg bei Frauen beitrage. In welchem Umfang bleibe offen. Die beiden Organisationen fordern deshalb, assistierte Suizide bundesweit einheitlich und unabhängig zu erfassen. Im Februar 2020 hatte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung aufgehoben. Der entsprechende Paragraph 217 des Strafgesetzbuches stellte die auf Wiederholung angelegte Hilfe zur Selbsttötung unter Strafe, und zwar auch dann, wenn damit kein Geld verdient wurde.

Chefarzt: Lücke bei der Suizidprävention

Der Ärztliche Direktor und Chefarzt der DGD Klinik Hohe Mark (Oberursel bei Frankfurt am Main), Prof. Markus Steffens, sieht mehrere Ursachen für die Entwicklung. Auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA verwies er zunächst auf die Corona-Pandemie. Mit zeitlichem Abstand hätten psychische Erkrankungen zumindest in bestimmten Altersgruppen zugenommen, vor allem durch Einsamkeit. Damit sei auch die Suizidalität gestiegen. Hinzu komme die Aufhebung des Verbots der geschäftsmäßigen Suizidhilfe im Jahr 2020. Das Bundesverfassungsgericht habe zwar mehr Suizidprävention empfohlen. Politisch und wirtschaftlich seien entsprechende Maßnahmen aber bisher weder eingeleitet noch gefördert worden. „Da gibt es einfach eine Lücke“, so Steffens.

Anstieg bei älteren Frauen besonders besorgniserregend

Besonders besorgniserregend sei der Anstieg bei älteren Frauen, vor allem bei Suiziden mit Medikamenten. Diese zählten zu den sogenannten weichen Suizidmethoden. Seit langem sei bekannt, dass Frauen eher zu solchen Methoden griffen. Männer wählten dagegen eher harte Methoden wie den Sprung aus großer Höhe oder Schusswaffen. Zugleich verzeichneten die Suizidhilfe-Organisationen seit einigen Jahren einen enormen Zulauf. Nach klinischer Beobachtung nähmen vor allem ältere Menschen, insbesondere ältere Frauen, assistierte Suizide in Anspruch, so Steffens.

Warum Männer häufiger betroffen sind

Dass Männer seit vielen Jahren deutlich häufiger durch Suizid sterben, erklärt Steffens unter anderem mit den unterschiedlichen Methoden. „Weiche“ Methoden würden häufiger überlebt. Zudem seien Frauen bislang eher bereit gewesen, sich professionelle Hilfe zu suchen und sich ihrem Umfeld anzuvertrauen. Männer hätten ihre Probleme dagegen eher für sich behalten. Zu berücksichtigen seien außerdem Suizidversuche, die nicht zentral erfasst würden. Nach einer Studie in Frankfurt am Main, an der seine Klinik beteiligt war, sei von etwa 20 Mal so vielen Suizidversuchen wie erfolgten Selbsttötungen auszugehen. Bei den Suizidversuchen überwögen die Frauen.

Warnsignale ernst nehmen

Laut Studienlage steht hinter Suizidgedanken in 90 bis 95 Prozent der Fälle eine psychische Erkrankung, häufig eine Depression, sagte Steffens. Als Warnsignale nannte er unter anderem sozialen Rückzug, äußerliche Veränderungen wie auffällig viel schwarze Kleidung, vernachlässigte Ernährung und Körperpflege, Stimmungstiefs und Schlafstörungen. Hellhörig machen sollten auch direkt oder indirekt geäußerte lebensmüde Gedanken, das Verschenken persönlich wichtiger Dinge und ein plötzlich aufgesetztes Testament. Gleiches gelte für riskantes Verhalten, etwa beim Autofahren oder beim Alkoholkonsum. Akute Suizidalität entwickle sich meist über Tage oder Wochen und verlaufe für Betroffene sehr bewusst. Sie teilten sich jedoch selten mit.

Wie Angehörige helfen können

Der wichtigste Schritt für Angehörige, Freunde und Kollegen sei deshalb, Betroffene anzusprechen und gezielt nach Suizidgedanken zu fragen. Steffens: „Es gibt immer so die Tendenz: Man sollte das Thema nicht ansprechen, weil damit könnte man schlafende Hunde wecken. Aber das ist Quatsch, das ist einfach falsch.“ Viele Patienten seien im Nachhinein dankbar gewesen, angesprochen worden zu sein. Hilfreich sei es, respektvoll und ohne Wertung zu signalisieren: „Ich bin für dich da.“ Angehörige sollten aber auch auf ihre eigenen Grenzen achten und sich früh Unterstützung holen. Anlaufstellen seien etwa psychosoziale Beratungsstellen, Krisentelefone, die Seelsorge vor Ort oder die Telefonseelsorge. In akuten Krisen könnten sich Betroffene und Angehörige an psychiatrische oder psychosomatische Kliniken wenden. Lehne ein Betroffener jede Hilfe ab und bleibe ein ungutes Gefühl, sollten Angehörige den ärztlichen Notdienst oder den Rettungsdienst hinzuziehen. Wer bei sich selbst Anzeichen einer Depression oder Suizidgedanken bemerke, solle sich zunächst an seinen Hausarzt wenden. Dieser könne erste Behandlungsschritte einleiten und bei Bedarf an Fachärzte oder Psychotherapeuten vermitteln. Gelebter religiöser Glaube sei mit Blick auf Suizidalität ein Schutzfaktor, betonte Steffens: „Das ist wissenschaftlich gut gesichert.“ Ein Schutzfaktor senke das Risiko jedoch nur und hebe es nicht auf: „Auch gläubige Menschen können beispielsweise im Rahmen einer Depression suizidal werden.“

Erste Hilfe bei Suizidgedanken bietet die Telefonseelsorge: 0800 1110111 – rund um die Uhr, kostenlos und anonym.

Deutschland: Jugendproteste am 31. Oktober – Christen zum Gebet aufgerufen

Evangelische Allianz: Am Reformationstag sollen nicht Wut und Chaos herrschen

Bad Blankenburg/Augsburg (IDEA) – Christliche Organisationen rufen angesichts der angekündigten Jugendproteste am Reformationstag (31. Oktober) zum Gebet auf. Die Initiative „GenZ regelt“ hat Demonstrationen in 23 deutschen Städten angekündigt. Die Generation Z umfasst die Jahrgänge von etwa 1995 bis 2010. In einem Aufruf der Initiative heißt es: „Wir sind junge Menschen, die nicht länger zusehen wollen, wie über unsere Zukunft entschieden wird, ohne dass wir gehört werden.“ Am 31. Oktober gehe man auf die Straße „für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und ein bezahlbares Leben, gegen die Wehrpflicht und gegen einen Sparkurs auf unserem Rücken“. Innenpolitiker von CDU/CSU und SPD warnten angesichts der jüngsten Gewalt in Frankreich davor, dass Extremisten die Demonstrationen unterwandern und für Ausschreitungen sorgen könnten. Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD/Bad Blankenburg) lädt Christen in einem Aufruf dazu ein, für Frieden, Besonnenheit und ein respektvolles Miteinander in Deutschland zu beten: „Lasst uns für unsere Städte und Gemeinden eintreten, für Frieden auf den Straßen, für den Schutz von Familien, Kindern und älteren Menschen. Dass am Reformationstag nicht Wut, Chaos und Zerstörung gefeiert werden, sondern die versöhnende und lebensschaffende Kraft des Evangeliums sichtbar wird.“ Die Allianz ruft ferner dazu, besonders für die Mitarbeiter bei Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten zu beten. Weiter heißt es: „Lasst uns auch für alle Menschen beten, die sich in diesen Tagen verunsichert, bedroht oder belastet fühlen. Insbesondere bitten wir um Schutz für jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für jüdische Gemeinden und Einrichtungen.“

Aktion „GenZ betet“

Daneben veranstalten mehrere Organisationen am Reformationstag die Aktion „GenZ betet“. Im Aufruf auf der [Internetseite](#) heißt es: „Wir sind eine Generation, die nicht nur zuschauen, sondern Zukunft gestalten will. Eine Generation, die glaubt, dass Gebet mehr bewegen kann als Krawall und dass Versöhnung stärker ist als Spaltung.“ Als breites ökumenisches Netzwerk stehe man für ein Miteinander der Generationen, für friedlichen Dialog und für eine Kultur der Nächstenliebe. Die Aktion richtet sich an alle Altersgruppen. Zum Trägerkreis gehören unter anderem das Gebetshaus Augsburg, das Missionswerk Campus für Christus, die freikirchliche Gemeindebewegung ICF und der Jugendkongress „Christival 28“. Neben Gebetstreffen an zahlreichen Orten gibt es auch einen Livestream auf YouTube.

Deutschland: Organspende – Protest gegen geplante Widerspruchsregelung

Gegner: Ein solches Gesetz käme einer „Organabgabepflicht“ gleich

Trier (IDEA) – Führende Vertreter von Lebensrechtsorganisationen und christlichen Initiativen sowie Einzelpersonen warnen in einer gemeinsamen Erklärung vor einer möglichen Einführung der Widerspruchslösung zur Organspende. Hintergrund ist eine für den 4. November geplante Anhörung zu einem entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag. Wer nicht aktiv widerspricht und dies dokumentiert, würde nach dieser Regelung automatisch nach seinem Tod als Spender gelten. Die Unterzeichner appellieren an die Abgeordneten, den Gesetzentwurf abzulehnen. Er käme einer „Organabgabepflicht“ gleich, so die Gegner der Neuregelung. Die Erklärung entstand im Rahmen der Jahrestagung der „Stiftung für Familienwerte“ (Trier). Zu den Unterzeichnern gehören unter anderen deren Vorsitzende Sylvia Pantel (Düsseldorf), die Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht (BVL), Alexandra Maria Linder (Willich), die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA), Cornelia Kaminski (Fulda), die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL), Susanne Wenzel (Castrop-Rauxel), der ehemalige Generalsekretär der Evangelischen Allianz in Deutschland, Hartmut Steeb (Stuttgart), der Sozialwissenschaftler Prof. Manfred Spieker (Osnabrück) und der Unternehmer Michael Freiherr von Ketteler (Berlin). Die Neuregelung bedeute einen „Paradigmenwechsel“, der einer „Enteignung“ des eigenen Körpers gleichkomme, so die Kritiker. Wer schweige, gelte dann automatisch als Spender. Ein so schwerwiegender Eingriff in die Freiheitsrechte von mehr als 80 Millionen Menschen sei nicht verhältnismäßig. Zudem könne Menschen, die auf ein Spenderorgan wie etwa eine Niere warteten, auch durch eine Lebendspende geholfen werden. Organspende müsse ein „Geschenk“ bleiben. Sie dürfe „kein Anspruch des Staates“ sein.

Kritik am Hirntod-Kriterium

Das Bündnis kritisiert zudem die medizinischen Grundlagen der Organentnahme. Diese erfolge nach dem festgestellten Hirntod. In internationalen Fachkreisen und „sogar im Deutschen Ethikrat“ sei jedoch bis heute umstritten, ob dieser Zeitpunkt wirklich den Tod eines Menschen markiere. Um Organe entnehmen zu können, werde der natürliche Sterbeprozess durch intensivmedizinische Maßnahmen unterbrochen: „Das Herz schlägt, der Körper ist warm und der Kreislauf wird künstlich aufrechterhalten, denn nur so bleiben die Organe verwendbar.“ Es gebe Fälle, in denen Menschen aus dem „Hirntod“ wieder erwacht seien.

Einsamer Tod auf dem OP-Tisch

Nach Auffassung der Unterzeichner verliert auch die Patientenverfügung durch die geplante Neuregelung an Bedeutung. Viele Menschen hätten darin festgelegt, dass sie keine lebensverlängernden Maßnahmen wünschten. Im Falle einer Organentnahme seien diese jedoch notwendig. Familien würden künftig nur noch gefragt, ob sie einen Widerspruch des Verstorbenen kennen. „Ein ruhiger, würdevoller Abschied am Sterbebett wird unmöglich“, warnen die Unterzeichner. Gerade in der „schwersten Stunde“ werde die Familie „ausgesperrt“. Dies habe zur Folge, dass Betroffene „einsam auf dem OP-Tisch“ sterben.

Deutschland: Sängerin verweigert „Ave Maria“ – „Ich bete nur Jesus Christus an“

„The Voice of Germany“: Jessica Paulo sang stattdessen ein Lobpreislied

München (IDEA) – Die Schweizer Sängerin Jessica Paulo hat sich geweigert, im Gesangswettbewerb „The Voice of Germany“ (Die Stimme Deutschlands) das Lied „Ave Maria“ (Gegrüßet seist du, Maria) zu singen. Die 20-Jährige sollte das Gebet zusammen mit dem Tenor Hank (Florian Zacharias Heberlein/46) einstudieren. Zur Begründung sagte die Sängerin laut „Bild“: „Dieser Song ist ein katholischer Song. Ich bin evangelisch.“ An Hank gewandt ergänzte Jessica: „Dieser Song geht direkt an Maria. Es ist ein Gebet zu ihr. Und wir beten Maria nicht an. Ich bete nur Jesus Christus an.“ Die Schweizerin wollte auch kein nichtchristliches Lied vortragen: „Ich fände es am schönsten, wenn wir ein Lied finden könnten, in dem es einfach grundsätzlich um Gott geht.“ Das lehnte wiederum Hank ab: „Ich will einfach nur Musiker sein und kein Prediger.“ Die salomonische Lösung: Beide Sänger traten nicht gegeneinander, sondern nacheinander an. Wie bei ihrem ersten Auftritt trug Jessica ein Lobpreislied vor. Es hat den Titel „Gratitude“ (Dankbarkeit). Damit kam sie eine Runde weiter – ebenso wie Hank, der mit dem Titel „Sound of Silence“ (Klang der Stille) auftrat, der durch das Duo „Simon & Garfunkel“ bekannt wurde. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) schrieb im Blick auf die Argumentation von Jessica: „Auch nach katholischer Lehre gebührt Anbetung nur Gott in seinen drei Personen Vater, Sohn und Heiliger Geist. Maria als Gottesmutter wird lediglich verehrt und um ihre Fürsprache bei Gott gebeten.“ Die Sendung „The Voice of Germany“, in der Nachwuchstalente auftreten, wird jeweils freitags auf SAT.1 (Unterföhring bei München) ausgestrahlt.

Deutschland: Sedra-Auftritt in Garching

SPD und Grüne fordern Konsequenzen - Initiative „Fundi-Watch“ erstattet laut Zeitungsbericht Strafanzeige

Garching (IDEA) – Die [Kritik](#) an dem Auftritt der australischen Prediger Martin und Millicent Sedra in Garching bei München zieht weitere Kreise. Die beiden waren im Rahmen einer Veranstaltung des Vereins „Reviving The World“ (Dunningen bei Rottweil) im kommunalen Bürgerhaus aufgetreten. In ihrer Predigt sagte Millicent Sedra zum Thema Abtreibung unter anderem: „Wenn du heute über die Ermordung von Kindern schweigst, wärst du auch während des Holocausts ruhig geblieben.“ Martin Sedra hob in seinem Predigtteil hervor: „Ich liebe Muslime, aber ich hasse den Islam.“ Er hasse jede Religion, „die meine Brüder und Schwestern tötet“ und die „einen pädophilen Propheten anbetet“. Die Veranstaltung war per Livestream im Internet übertragen worden. Laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ hat die Initiative „Fundi-Watch“ den Abend dokumentiert und Strafanzeige erstattet. Ein Sprecher der zuständigen Polizeipräsidiums München konnte den Eingang der Anzeige auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA nicht bestätigen.

SPD und Grüne: „Extrem menschenfeindliche Aussagen“

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Garchinger Stadtrat forderten in einem Brief vom Garchinger Bürgermeister Thomas Lemke (CSU) Konsequenzen. In dem Schreiben, das auf der Internetseite der SPD Garching veröffentlicht wurde, heißt es, die Vermietungspraxis des kommunalen Bürgerhauses müsse geändert werden. Sie müsse künftig „einem Kriterienkatalog unterworfen werden, der sicherstellt, dass ausschließlich an Veranstalter vermietet wird, die grundgesetzkonform agieren und den Schutz der Menschenwürde respektieren“. Zur Begründung heißt es in dem Brief, bei der Veranstaltung mit dem Ehepaar Sedra seien „von der Bühne extrem menschenfeindliche Äußerungen und Aufrufe getätigt“ worden. Dabei hätten die beiden im Vorfeld „leicht als Feinde der liberal-demokratischen Gesellschaft identifiziert“ werden können. Im Bürgerhaus habe es bereits 2025 einen „unliebsamen Zwischenfall“ gegeben, als bei der Veranstaltung einer Moscheegemeinde die Grußbotschaft eines islamistischen Hasspredigers ausgestrahlt worden sei.

Bürgermeister verweist auf Meinungsfreiheit

Lemke erklärte in einem auf Instagram veröffentlichten Video, bei der Veranstaltung seien „Dinge gesagt worden, die subjektiv völlig zu Recht vielleicht als verletzend oder diskriminierend empfunden werden“. Die Stadt prüfe bei Vermietungen im Vorfeld aber nur, ob der Mieter oder ein angekündigter Redner verurteilt oder verboten sei. Wenn das nicht der Fall sei, müsse die Kommune als öffentliche Einrichtung das Bürgerhaus zur Verfügung stellen. Weiter sagte Lemke, die Frage, wann die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten seien, könnten nur Gerichte entscheiden. Sie decke nach der Rechtsprechung „mehr ab, als manche meinen“.

Deutschland: Von Diakonie gekündigte AfD-Kandidatin kämpft weiter um Arbeitsplatz

Martina Müller: Ich bin nicht rechtsextrem, sondern konservativ

Wilhelmshaven/Wangerland (IDEA) – Die wegen einer AfD-Kandidatur fristlos von einem diakonischen Unternehmen gekündigte Verwaltungsangestellte Martina Müller (Wangerland/Landkreis Friesland) will weiter vor Gericht dafür kämpfen, ihren Arbeitsplatz zurückzuerhalten. Das sagte die 60-Jährige am 29. Oktober gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Eine [Güteverhandlung](#) am Tag zuvor vor dem Arbeitsgericht Wilhelmshaven hatte keine Einigung mit ihrem bisherigen Arbeitgeber erbracht. Die diakonische „mission:lebenshaus gGmbH“ hatte der langjährigen Mitarbeiterin des Friedel-Orth-Hospizes in Jever fristlos gekündigt, weil sie bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen für die AfD kandidierte. Müller arbeitete seit mehr als 15 Jahren in dem Hospiz und war zugleich Erste Vorsitzende der Mitarbeitervertretung. Sie trat bei der Kommunalwahl im September für Mandate im Kreistag des Landkreises Friesland und im Gemeinderat Wangerland an. Sie wurde in beide Gremien gewählt. Bereits am 30. Juli hatte der Hospizträger Müller schriftlich abgemahnt. In dem Schreiben wurde die Mitarbeiterin aufgefordert, ihre Kandidatur bis zum 7. August wirksam zurückzuziehen und dies durch eine Bestätigung des Wahlleiters oder der Partei nachzuweisen. Andernfalls seien „weitere arbeitsrechtliche Schritte bis hin zu einer außerordentlichen Kündigung“ zu erwarten. Zur Begründung führte der Arbeitgeber an, die Kandidatur stelle einen massiven Verstoß gegen die Mitarbeiterrichtlinie und die „Loyalitätsobliegenheiten“ dar. Verwiesen wurde zudem auf die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextremistisch“ durch den niedersächsischen Verfassungsschutz.

Müller: Es geht um meine berufliche Existenz

Müller klagt gegen die Kündigung und für den Fortbestand ihres Arbeitsverhältnisses. Wie sie gegenüber IDEA sagte, geht es um ihre „berufliche Existenz“. Als 60-Jährige stehe ihr der Arbeitsmarkt nicht mehr offen. Außerdem habe sie als alleinerziehende Mutter zwei in Ausbildung befindliche Töchter. Müller betonte: „Ich habe nichts falsch gemacht.“ Sie habe an ihrer Arbeitsstelle stets Berufliches und Privates strikt getrennt und nie über ihr politisches Engagement gesprochen. Es gehe in dem juristischen Streit auch um die Grundsatzfrage, inwieweit sich ein Arbeitgeber in private Belange einmischen dürfe. Im Blick auf ihre persönliche Haltung sagte Müller: „Ich bin nicht rechtsextrem. Ich glaube an Gott, führe ein christliches Leben und bin konservativ.“

Diakonischer Arbeitgeber sieht sich in seiner Entscheidung bestätigt

Jetzt kommt es zum Prozess vor dem Arbeitsgericht Wilhelmshaven. Als erster Verhandlungstermin ist der 14. April 2027 angesetzt. Die „mission:lebenshaus gGmbH“ ist eine 100-prozentige Tochter der Inneren Mission Bremen. Diese teilte zum Ausgang der Güteverhandlung mit: „Nach dem Verlauf der Verhandlung sehen wir uns weiterhin in unserer Entscheidung zur Kündigung bestätigt und gehen davon aus, dass diese rechtlich Bestand haben wird.“

Jordanien: Nach Anschlag – Drei Verdächtige festgenommen

WEA berichtet von beispielloser Solidarität bei Beisetzung der Opfer

Amman (IDEA) – Nach dem Terroranschlag auf eine christliche Trauerfeier im jordanischen Hammoud (Provinz Karak) hat die Polizei drei mutmaßliche Täter festgenommen. Das berichtet die Tageszeitung „Jordan Times“ am 26. Oktober unter Berufung auf die jordanische Direktion für öffentliche Sicherheit (PSD). Bei dem Angriff am 23. Oktober hatten Bewaffnete vor der griechisch-orthodoxen Kirche des Dorfes das [Feuer](#) auf die Trauergäste eröffnet. Mindestens neun Menschen wurden getötet und mehr als 40 verletzt. Jordaniens Innenminister Mazen al-Faraya sprach von einem „Terroranschlag einer Gruppe von Extremisten“. König Abdullah II., das griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem, der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, Vertreter islamischer Organisationen sowie der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) verurteilten den Anschlag scharf.

Festnahme nach Schusswechsel

Spezialeinheiten spürten die drei Verdächtigen laut PSD in den frühen Morgenstunden des 26. Oktober in einem verlassenen Haus im Dorf Al-Jadeeda unweit von Hammoud auf. Die Männer hätten sich dort verschanzt und das Feuer auf die Sicherheitskräfte eröffnet. Später konnten sie verletzt festgenommen werden. Bei der Durchsuchung des Verstecks seien Schusswaffen und Munition gefunden worden. Al-Faraya erklärte dazu auf der Plattform X, die Behörden prüften die Umstände, die junge Menschen zum Extremismus geführt hätten, und würden alle zur Verantwortung ziehen, deren Beteiligung nachgewiesen werde. „Wir werden diese Tragödie zum Anlass nehmen, Maßnahmen zum Schutz des Lebens der Bürger zu ergreifen.“ Regierungssprecher Mohammad Momani erklärte, Jordanien habe „das Blut seiner Märtyrer gerächt“. Terrorismus habe im Land keinen Platz.

WEA-Vertreter: Trauerfeier, „wie ich sie noch nie gesehen habe“

Am 25. Oktober fand die Beisetzung der getöteten Christen in Hammoud statt. Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA berichtete der Pressesprecher der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), Daoud Kuttab (Amman), von einer außergewöhnlichen Anteilnahme: „Wir haben an einer Trauerfeier teilgenommen, wie ich sie in diesem Teil der Welt noch nie erlebt habe.“ Aus allen Bevölkerungsschichten seien Menschen mit Autos und Bussen angereist. Geschätzt seien ebenso viele Muslime wie Christen gekommen. So hätten etwa mehrere muslimische Kollegen eines bei dem Anschlag getöteten christlichen Dozenten einen Kranz der Haschemitischen Universität niedergelegt. Die Toten seien in die jordanische Nationalflagge gehüllt, mit militärischen Ehren beigesetzt und als Märtyrer bezeichnet worden. Unter den rund 5.000 Trauergästen in dem kleinen christlichen Dorf seien König Abdullah II., die Königin Rania, der Kronprinz Hussein, der Premierminister Jafar Hassan sowie die Vorsitzenden beider Parlamentskammern gewesen. In vielen unterschiedlichen Erklärungen – darunter von islamischen Religionsvertretern – sei einhellig Unterstützung bekundet und das friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen in Jordanien betont worden. Der König hatte die Täter als „Kawaridsch“ bezeichnet – ein Begriff, mit dem Häretiker außerhalb des islamischen Glaubens gemeint sind.

Stimmung unter Christen: Zorn und Entschlossenheit

Die Stimmung unter den Christen in Jordanien sei eine Mischung aus Zorn und Entschlossenheit, sich nicht einschüchtern zu lassen, sagte Kuttab. Die große Reaktion der gesamten jordanischen Nation – vom König bis hin zu den Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und Religionen – habe der kleinen, aber authentischen christlichen Gemeinschaft ein starkes Gefühl der Unterstützung vermittelt. Einige Kirchen hätten ihre regulären Gottesdienste fortgesetzt, andere seien für einige Tage geschlossen geblieben. Der jordanische Baptistenbund, die größte evangelikale Denomination im Land, habe als Vorsichtsmaßnahme beschlossen, an diesem Wochenende keine Gottesdienste abzuhalten. Die Menschen wollten sicher sein, dass die Täter und ihre Hintermänner festgenommen würden und die Gerichte sich mit ihnen befassen. Es gebe Forderungen nach der Todesstrafe, aber auch Rufe nach einer Aufarbeitung des Sicherheitsversagens, das diese Tragödie ermöglicht habe.

Christen als wichtige Stütze Jordaniens

Mit Blick auf die Lage der Christen in der Region erklärte Kuttub, dass in den Palästinensischen Gebieten, Syrien, Irak und dem Libanon viele Christen aufgrund der instabilen politischen Lage ausgewandert seien. Jordanien sei das einzige Land der Region, das keine nennenswerte Auswanderung erlebt habe. Jordanische Christen seien dem König und der Regierung gegenüber sehr loyal. Sie trügen schätzungsweise 35 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, obwohl sie weniger als zwei Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die meisten jordanischen Christen seien Akademiker. Von den 11,5 Millionen Einwohnern Jordaniens bekennen sich 95 Prozent zum Islam, 1,5 Prozent sind Christen unterschiedlicher Konfessionen. Die WEA mit Sitz in Deerfield (US-Bundesstaat Illinois) repräsentiert rund 600 Millionen Evangelikale.

Jordanien: Nach Anschlag auf Christen – Luftangriffe auf Syrien

Jordanien greift IS-Stellungen in Syrien an – als Vergeltung für den Terroranschlag auf eine Kirche im Süden des Landes

(Von Israelnetz vom 27. Oktober 2026) AMMAN / DAMASKUS (inn) – Nach einem tödlichen Anschlag auf Kirchenbesucher in Jordanien hat das Haschemitische Königreich am Montag Ziele in der syrischen Provinz Dar'a angegriffen. Damaskus verurteilte die Angriffe und schloss vorübergehend den Grenzübergang Nasib in beide Richtungen. Die Schließung ist zunächst nur für den Dienstag angekündigt.

Der jordanische Angriff auf das Nachbarland folgte auf die [Verhaftung](#) von drei Männern, die für den Anschlag auf die griechisch-orthodoxe Kirche in Hammud in der Provinz Karak verantwortlich sein sollen. Die Operation „Jordanische Abschreckung – Hammud“ sei die Vergeltung für den Anschlag, teilte die Armee mit.

Am Freitag hatten Bewaffnete das Feuer auf die Trauergäste einer Beerdigung in der St.-Georgs-Kirche eröffnet und neun Menschen getötet. König Abdullah II. verurteilte den Angriff scharf und drohte Vergeltung an. Anschläge auf Kirchen sind in Jordanien selten. Christen machen etwa 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung in dem Haschemitischen Königreich aus.

Syrien verurteilt Luftschläge

Die drei Verdächtigen stehen in Verbindung zur Terrormiliz „Islamischer Staat“, erklärte Jordaniens Regierungssprecher Mohammad al-Momani in einer Pressemitteilung. Weiterhin teilte er mit, dass die jordanischen Streitkräfte bei den Angriffen mehr als zwanzig Terroristen töteten und ein großes Waffendepot zerstörten. Syrische Behörden sprechen hingegen von acht getöteten Zivilisten, darunter sollen mindestens drei Kinder sein.

Syriens Außenministerium verurteilte den Angriff der jordanischen Streitkräfte und erklärte, ihr Vorgehen verletze die syrische Souveränität. Zugleich übte es scharfe Kritik am terroristischen Anschlag auf die St.-Georgs-Kirche in Jordanien und bezeichnete ihn als „heimtückisch und kriminell“.

Eine Eskalation wollen beide Länder indes vermeiden. Sie betonten die „brüderlichen Beziehungen“ zueinander. Dem syrischen Außenministerium zufolge wird derzeit über die Gründung eines gemeinsamen Einsatz- und Sicherheitsausschusses mit Jordanien gesprochen. Al-Momani bestätigte dies auf Instagram. Das Königreich unterstütze Syriens Sicherheit, territoriale Einheit und inneren Zusammenhalt, fuhr er fort.

Im April 2026 hatten Syrien und Jordanien eine Reihe bilateraler Abkommen über eine wirtschaftliche und strategische Zusammenarbeit geschlossen. Zudem unterzeichneten sie zusammen mit der Türkei eine Absichtserklärung über die Wiederbelebung der historischen [Hedschasbahn](#). (mw)

Mexico: Christen im Kugelhagel

Geistliche werden erschossen, Gemeinden erpresst, Kirchen angegriffen.

Wer in Mexiko Opfer schützt oder Gewalt anprangert, gerät ins Visier krimineller Gruppen. Zugleich beklagen Bischöfe staatliche Einschränkungen. Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ beleuchtet die Lage im lateinamerikanischen Land.

Als José Filiberto Velázquez Florencio im Sommer 2021 im Auto unterwegs ist, fallen Schüsse. Der katholische Priester, den viele „Pfarrer Fili“ nennen, entkommt unverletzt. Die Täter bleiben unerkannt, vermutlich stammen sie aus der organisierten Kriminalität: Der Geistliche ist eine der profiliertesten Stimmen gegen die Gewalt in Mexiko. Zweimal wurde er bereits von Kartellen entführt. Heute schützen ihn vier Leibwächter und ein gepanzerter Wagen. „Das ist die Realität, mit der ich jeden Tag leben muss“, sagt der Mittvierziger.

Wie ein Kriegsseelsorger

Pfarrer Fili arbeitet im Bistum Chilpancingo-Chilapa im süd mexikanischen Bundesstaat Guerrero, einer der gewalttätigsten Regionen des Landes. Er leitet ein Zentrum für Betroffene von Bandengewalt und vermittelt zwischen Bevölkerung, Behörden und kriminellen Gruppen. „Ich fühle mich hier wie ein Kriegsseelsorger“, sagt er. Kartelle, die sich vor allem aus dem Drogenschmuggel finanzieren, beherrschen ganze Orte und Straßen – begünstigt durch Korruption und schwache staatliche Institutionen. Die Gewalt trifft alle. Christen, die in Mexiko die große Mehrheit stellen, geraten vor allem dann ins Visier, wenn sie sich Kartellen entgegenstellen, Opfer schützen oder Missstände aufdecken.

Nach dem Gottesdienst erschossen

Wie hoch der Preis dafür ist, zeigt unser Bericht „Religionsfreiheit weltweit 2025“: Er zählt Mexiko zu den Ländern mit schwerer religiöser Diskriminierung. Geistliche und Gemeinden werden erpresst, entführt und bedroht; Kirchen werden überfallen oder geschändet. Zwischen Dezember 2018 und September 2024 wurden zehn Geistliche ermordet, zehn weitere überlebten Anschläge. Im selben Zeitraum wurden fast 900 Fälle von Erpressung, Entführung, Raub oder Einschüchterung gegenüber Geistlichen und Kirchenmitarbeitern registriert. Landesweit Aufsehen erregte der Mord an den Jesuiten Javier Campos Morales und Joaquín César Mora Salazar. Sie wurden am 20. Juni 2022 in einer Kirche in Cerocahui (Chihuahua) erschossen, nachdem sie einem verfolgten Mann Schutz gewährt hatten. Am 20. Oktober 2024 traf es Pater Marcelo Pérez. Er hatte sich für Frieden und die Rechte Indigener eingesetzt. Er wurde in San Cristóbal de Las Casas (Chiapas) nach dem Sonntagsgottesdienst erschossen.

Ein Konflikt mit Geschichte

Hinzu kommt ein historisch belastetes Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Die Verfassung von 1917 enthielt scharfe antikerikale Bestimmungen, die Präsident Plutarco Elías Calles 1926 mit dem „Calles-Gesetz“ rigoros durchsetzte: Ausländische Priester wurden ausgewiesen, Klöster und kirchliche Schulen geschlossen. Aus Protest setzten die Bischöfe die öffentlichen Gottesdienste aus. Vor allem in Westmexiko griffen daraufhin Bauern zu den Waffen – nach ihrem Schlachtruf „Viva Cristo Rey!“ („Es lebe Christus, der König!“) wurden sie „Cristeros“ genannt. Sie kämpften für ihren Glauben, aber auch gegen die Eingriffe des Zentralstaats in ihre Dörfer. Der Cristero-Krieg kostete bis 1929 Zehntausende das Leben. Er endete mit einem Kompromiss, doch die Gesetze blieben in Kraft – gelockert wurden sie erst 1992. Heute garantiert die Verfassung Religionsfreiheit. Doch auch unter der seit 2024 regierenden linkspopulistischen Präsidentin Claudia Sheinbaum beklagen Kirchenvertreter verschiedener Konfessionen Einschränkungen, etwa bei Genehmigungen für Prozessionen und Patronatsfeste oder bei Rundfunklizenzen. Geistliche dürfen keine öffentlichen Ämter bekleiden und die Regierung nicht öffentlich kritisieren. Im Wahlkampf 2024 verwarnte ein Gericht auf Beschwerde von Sheinbaums Partei Morena mehrere Priester, die Gläubige zu einer Wahlentscheidung für Freiheit und Lebensschutz aufgerufen und die Regierung kritisiert hatten. Ihre Online-Beiträge mussten sie löschen.

Einfach an ihrer Seite sein

Die größere Gefahr aber geht vielerorts von bewaffneten Gruppen aus, die ein schwacher Staat nicht wirksam zurückdrängen kann. Für Pfarrer Fili bedeutet das, immer wieder dorthin zu gehen, wo andere nicht mehr hinwollen. Bekämpfen sich rivalisierende Banden, vermittelt er – zeitweise habe das Morde verhindert. Dass er damit selbst zur Zielscheibe wird, weiß er. Warum er trotzdem weitermacht? Er denkt an Mütter, die ihre verschwundenen Kinder suchen, und an Familien, die Angehörige verloren haben. „Es sind die kleinen Dinge, die ich für sie tun kann: einfach an ihrer Seite sein.“ In einem Land, in dem bewaffnete Gruppen bestimmen, wer reden darf und wer schweigen muss, kann schon das lebensgefährlich sein.

Hintergrundinformationen

Für katholische Priester gehört Mexiko zu den gefährlichsten Ländern weltweit. Geistliche engagieren sich häufig politisch und sozial. Doch auch protestantische Geistliche sind in Gefahr. Stören sie dabei kriminelle Banden, reagieren diese gewalttätig. Auch die linkspopulistische Regierung setzt sie unter Druck. Laut Verfassung ist Mexiko säkular; Kirche und Staat sind strikt getrennt. Zahlreiche Gesetze regeln daher das Verhalten von Kirchen und Geistlichen. Verstöße können Geld- oder Haftstrafen bis zum Verlust des kirchlichen Status nach sich ziehen. Dadurch dürfen geistliche Leiter ihre christliche Sicht zu Abtreibung, Ehe, Politik oder Menschenrechten kaum äußern und werden im öffentlichen Leben eingeschränkt. Indigene Christen erleben zudem Widerstand von Familien und Stämmen, die ihren Ahnenglauben bedroht sehen. Dennoch ist der Anteil evangelikaler Christen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewachsen.

Kontakt Kirche in Not/ACN Deutschland

Web: kirche-in-not.de ; religionsfreiheit-weltweit.de

Mexico: Culiacán – Besorgnis wegen des Verschwindens von Pater Clemente Morales Topete

Mexiko-Stadt (Fides) – Es gibt noch immer keine Nachrichten von Pater Clemente Morales Topete (67), dem Pfarrer der Kirche „Cristo Resucitado“ in der Diözese Culiacán, der am 24. Oktober verschwunden ist.

Der Priester wurde zuletzt am Nachmittag desselben Tages gegen 16 Uhr gesehen, nachdem er zu einem Arzttermin im Stadtteil Montebello in Culiacán, der Hauptstadt des Bundesstaates Sinaloa im Nordwesten Mexikos, gegangen war.

Das Verschwinden hat unter den Gläubigen tiefe Besorgnis ausgelöst. In einer am 25. Oktober veröffentlichten Erklärung brachte die Mexikanische Bischofskonferenz (Conferencia del Episcopado Mexicano, CEM) „ihre Verbundenheit mit dem Bischof von Culiacán, Monsignore Jesús José Herrera Quiñonez, den Priestern, der Familie von Pater Clemente Morales Topete und der Pfarrgemeinde „Cristo Risorto““ zum Ausdruck und teilte die Sorge der Diözese um das Verschwinden des Priesters.

„Wir fordern die zuständigen Behörden auf, ihrer Pflicht nachzukommen und bei der dringenden Suche nach Pater Clemente mitzuwirken“, heißt es in der Mitteilung weiter.

Um die Suche zu unterstützen, hat die CEM zudem „die Medien, die Pfarrgemeinden und die Bevölkerung“ dazu aufgerufen, „die offizielle Vermisstenanzeige zu verbreiten und auf jegliche Informationen zu achten, die zu seiner Auffindung beitragen könnten“.

Unterdessen kursierten auf einigen mexikanischen Social-Media-Konten Meldungen, die angeblichen „Quellen aus Ermittlerkreisen“ oder der Spezialeinheit zur Bekämpfung von Entführungen der Generalstaatsanwaltschaft zugeschrieben wurden und wonach der Priester von Mitgliedern von „La Mayiza“, einer mit der Familie Zambada verbundenen Fraktion des Sinaloa-Kartells, entführt worden sei. Diesen Gerüchten zufolge sei der Priester zuletzt in der Nähe des Staudamms von Sanalona, östlich von Culiacán, gesehen worden.

Derzeit gibt es jedoch keine offiziellen Bestätigungen für diese Darstellungen. Weder die angebliche Beteiligung von „La Mayiza“ noch der Aufenthaltsort in Sanalona finden sich in den offiziellen Erklärungen der Kirche und in den Informationen der wichtigsten Presseorgane wieder, die über das Verschwinden im Stadtteil Montebello und die laufenden Suchmaßnahmen berichten.

Der Vorfall steht im Zusammenhang mit der starken Gewalt in Culiacán, dem Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen „La Mayiza“ und „Los Chapitos“, den beiden Fraktionen, in die sich das Sinaloa-Kartell gespalten hat.

Der Konflikt brach 2024 aus, nachdem Ismael „El Mayo“ Zambada García, Gründer und langjähriger Anführer der mit seiner Familie verbundenen Fraktion, in die Vereinigten Staaten gebracht und den US-Behörden übergeben worden war. Nach der damals bekannt gewordenen Rekonstruktion soll Zambada von einem der Söhne von Joaquín „El Chap“ Guzmán, dem Gründer des Kartells, der seit 2017 in den Vereinigten Staaten inhaftiert ist, in eine Falle gelockt worden sein.

An der Spitze von „La Mayiza“ steht Ismael Zambada Sicaños, Sohn von „El Mayo“, bekannt unter dem Spitznamen „Mayito Flaco“. Die Fraktion steht im Konflikt mit „Los Chapitos“, der Gruppe, die von den Söhnen von „El Chapo“ angeführt wird.

(L.M.) (Fides, 27/10/2026)

Myanmar: In Loikaw erlebt die Kirche unter den Vertriebenen eine Wiedergeburt

Die Schwierigkeiten nehmen zu, doch auch der Glaube wächst, sagt der Generalvikar

von Paolo Affatato

Loikaw (Fides) – In den ersten Tagen kamen nur wenige Menschen in die Kathedrale. Dann verbreitete sich langsam die Nachricht in den Dörfern und unter den durch den Krieg verstreuten Familien: Der Priester war zurückgekehrt, das pastorale Leben nahm wieder seinen Lauf, die Gemeinde konnte sich wieder versammeln. Heute, so berichtet Don Marko Phe Bya, Generalvikar der Diözese Loikaw und Pfarrer der Christ-König-Kathedrale, nehmen jeden Sonntag etwa 500 Gläubige an der Messe teil. „Als sie begriffen, dass das pastorale Leben der Kirche an diesem Ort, dem Zentrum der Diözese, wieder in Schwung kam, kehrten sie zurück. Es ist außergewöhnlich: Die Menschen haben einen unerschütterlichen Glauben“, berichtet der Generalvikar, den der Fidesdienst am Rande des Internationalen Forums der Katholischen Aktion (FIAC) traf, das in den vergangenen Tagen in Rom stattfand.

Die Geschichte dieses Wiederauflebens ist eng mit der des Bürgerkriegs verflochten, der Myanmar seit dem Militärputsch im Februar 2021 erschüttert. Im Bundesstaat Kayah (Ost-Myanmar), auch bekannt als „Karenni-Staat“, haben Kämpfe und Bombardierungen ganze Gemeinden dazu gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Die Kirche von Loikaw hat die Folgen des Konflikts unmittelbar zu spüren bekommen: Im November 2023 besetzten die Militärs den Komplex der Christ-König-Kathedrale und das Diözesanpastoralzentrum und zwangen Bischof Celso Ba Shwe, Priester, Ordensschwwestern und Gläubige, den Ort zu verlassen. Die Kathedrale wurde als Militärstützpunkt genutzt.

Pater Marko Phe Bya erinnert sich an diese Zeit als eine schmerzhaft Unterbrechung des kirchlichen Lebens: „Im Jahr 2023 waren wir alle gezwungen, unser Gemeindezentrum zu verlassen, weil die Soldaten uns vertrieben haben. Alle Priester, Bischöfe, Ordensschwwestern: Wir wurden gezwungen, zu gehen.“ Lange Zeit gab es in der Kathedrale keinen Pfarrer, und das Pastoralzentrum war besetzt. Don Marko kehrte im September 2025 zurück: „Die Kirche war etwas verwahrlost und wies Schäden auf, die jedoch nicht schwerwiegend waren. Die Pfarrregister, die Taufbücher und die anderen Dokumente hatten wir an einen anderen Ort gebracht, um sie in Sicherheit zu bringen.“ Die Rückkehr bedeutete jedoch nicht, dass der Krieg vorbei war. Die Stadt wirkte noch immer wie ausgestorben, während der Großteil der Katholiken über das Gebiet verstreut war, da sie vor den Kämpfen geflohen waren: „Als ich zurückkam, waren höchstens hundert Menschen zurückgekehrt“, erzählt er. In den folgenden Monaten begann sich die Gemeinde jedoch wieder zu sammeln. Heute, so berichtet der Priester, finden jeden Sonntag etwa 500 Menschen in der Kathedrale Platz; und bei großen Feierlichkeiten, wie dem Christkönigsfest, dem Fest des Schutzpatrons der Kirche und dem Abschluss des liturgischen Jahres, können die Besucherzahlen auf 1.000 oder sogar 2.000 ansteigen.

Es sind Zahlen, die im Kontext von Loikaw von der Wiederbelebung der Aktivitäten und des kirchlichen Lebens zeugen. Sie zeugen von dem Wunsch, wieder einen gemeinsamen Ort zu finden, „Gemeinschaft zu sein“, gemeinsam zu beten und nicht zuzulassen, dass die durch den Krieg verursachte Zerstreuung die Bindungen der Gemeinschaft zerreißt. „Die Menschen kommen in die Kirche, sie kommen, um zu weinen, zu beten und Trost zu suchen“, bestätigt Pater Marko. In einer solchen Situation gibt es viele Herausforderungen: Es gibt nicht genug zu essen, es herrscht keine Sicherheit, es gibt Bombenangriffe. Wir predigen, am Glauben festzuhalten, denn Gott ist unsere Hoffnung. Sie kommen in die Kirche, um sich von geistlicher Nahrung zu stärken, die genauso wichtig ist wie die materielle Versorgung.“

Die Diözese Loikaw erstreckt sich über den Bundesstaat Kayah, eine überwiegend bergige Region im Osten Myanmars, die als eine der Hochburgen des Katholizismus im Land gilt. Die Diözese wurde 1989 von Johannes Paul II. errichtet, in einem Gebiet, das seit dem 19. Jahrhundert von Missionaren des Päpstlichen Instituts für Auslandsmissionen (PIME) evangelisiert wurde. Die verfügbaren kirchlichen Daten weisen auf eine Gemeinschaft von etwa 90.000 Katholiken und ein Netz von etwa 40 Pfarreien hin, die sich auf die Stadt und die Dörfer verteilen. Es handelt sich um eine in der Region verwurzelte Kirche, die heute jedoch mit Massenvertreibungen und der Schwierigkeit konfrontiert ist, Gemeinschaften zusammenzuhalten, die weit von ihren Herkunftsorten entfernt sind.

Wie der Generalvikar bestätigt, beläuft sich die Zahl der Vertriebenen in der Diözese insgesamt auf über 300.000 Menschen, die auf Hunderte von Lagern verteilt sind. Unter ihnen befinden sich etwa 40.000 Katholiken, die noch immer in provisorischen Siedlungen, in abgelegenen Dörfern oder in den Wäldern leben: Zahlreiche Pfarreien sind aufgrund der Flucht der Bevölkerung verlassen oder geschlossen geblieben. Die humanitäre Krise betrifft somit ein Gebiet, das weit über die Stadt Loikaw hinausgeht. Unter den Flüchtlingen versucht die Kirche, ihre Präsenz aufrechtzuerhalten: Die Priester beschränken sich nicht darauf, auf die Rückkehr der Gläubigen in die Kirchen zu warten, sondern suchen die Vertriebenen in den Lagern und Dörfern auf: „Zusammen mit den anderen Priestern kümmern wir uns um sie: Wir besuchen sie“, fährt der Priester fort, „wir feiern die Messe in den Lagern außerhalb der Stadt Loikaw, wo es viele kleine Pfarrgemeinden gibt. Die Priester begleiten die Vertriebenen und bleiben bei ihnen. Sie errichten kleine Zelte, eine Hütte als Kirche, als Kapelle. Es ist ein Zeichen der Hoffnung, dass die Priester mit ihnen gehen. Jedes Mal, wenn unsere Mitmenschen fliehen, begleiten wir sie.“

So verflechten sich Seelsorge und humanitäre Hilfe miteinander. Die Kirche sucht nach Spendern, um die Familien mit Nahrung, Unterkunft, Bildung und medizinischer Versorgung zu unterstützen. Für diejenigen, die ihr Zuhause, ihre Arbeit und die Möglichkeit, ihre Felder zu bewirtschaften, verloren haben, ist sogar das tägliche Überleben ungewiss geworden: „Die Menschen kehren in die Stadt zurück“, erklärt er, „aber es gibt keine Arbeit. Sie versuchen, eine Anstellung zu finden, egal welche Arbeit sie bekommen können“, erklärt Don Marko. In den Dörfern versuchen viele, Reis anzubauen, doch die Kämpfe können den Alltag plötzlich unterbrechen: „Wenn es zu Zusammenstößen und Bombenangriffen kommt, muss man fliehen.“

Zur materiellen Unsicherheit kommt noch die Angst hinzu. Der Priester berichtet, dass man sich in der Region nur mit großer Vorsicht bewegen kann und dass auch kirchliche Mitarbeiter dem Risiko von Verhaftungen und Verdächtigungen ausgesetzt sind. Don Marko Phe Bya berichtet von zwei Priestern, die in den vergangenen Monaten verhaftet und später wieder freigelassen wurden, was zeigt, wie fragil der Raum ist, in dem die Kirche versucht, ihren Bildungs- und Seelsorgedienst fortzusetzen. Er erinnert zudem an den Fall von Schwester Benedetta, einer Ordensschwester der Kongregation „Maria Bambina“, die sich dafür einsetzt, Kindern in einem Dorf im Konfliktgebiet eine Schulbildung zu ermöglichen. Die Ordensschwester wurde vor fünf Monaten unter dem Verdacht festgenommen, Kontakte zur Regierung der Nationalen Einheit (NUG), der Oppositionsregierung, zu unterhalten, und befindet sich nach wie vor in Haft.

Die schmerzliche Geschichte einer inhaftierten Ordensschwester ist für die Gemeinschaft zu einem Anlass für Gebet und Solidarität geworden. Don Marko berichtet, dass sich im Gefängnis weitere Katholiken befinden, mit denen Schwester Benedetta betet. Wenn es ihm möglich ist, sie zu treffen (anlässlich ärztlicher Untersuchungen), versucht er, ihr Mut zu machen, und manchmal gelingt es ihm sogar, ihr die Eucharistie zu bringen: „Der Glaube der Menschen ist nach wie vor stark, auch in schwierigen Zeiten. Je mehr Schwierigkeiten wir begegnen, desto mehr sind wir aufgerufen, einander Mut zu machen und zu beten. Das ist unser Glaube.“

Die Widerstandsfähigkeit der Katholiken von Loikaw nach Jahren des Krieges und der Vertreibung entspringt gerade dem gemeinsamen Glauben und der gegenseitigen Hilfe: „Die Menschen halten dank unseres Glaubens und auch dank der Tatsache durch, dass sie sich gegenseitig helfen“, bekräftigt der Generalvikar. Die kirchliche Gemeinschaft versucht, die Familien nicht allein zu lassen: Die Priester besuchen die Siedlungen, die Bischöfe ermutigen die Gläubigen, und das Gebet stärkt diejenigen, die müde, hungrig und verängstigt sind.

In dieser Erfahrung versteht man auch die Bedeutung der Worte, die Bischof Celso Ba Shwe während der Jahre im Exil gesprochen hat und an die sich Pater Marko erinnert und die er wiederholt: „Die Kirche ist nicht ein Gebäude, sondern das Volk, das sich im Namen Christi versammelt. Unsere Gemeinschaft besteht aus Menschen, nicht aus Gebäuden. Die Menschen sind die ‚lebendigen Steine‘.“ „Auch wenn die Kirchen leer oder unzugänglich sind, besteht die Gemeinschaft dort weiter, wo die Gläubigen gemeinsam beten, die Eucharistie feiern und füreinander sorgen“, bemerkt er.

Die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bleibt jedoch fragil. Der Priester berichtet, dass die Bevölkerung eines Krieges überdrüssig ist, der weiterhin vor allem Unschuldige, Frauen und Kinder trifft: „Wenn eine Seite die andere besiegen will und niemand von Dialog spricht, wie soll man ihn dann beginnen? Um den Konflikt zu beenden, müssten beide Seiten zu der Überzeugung gelangen, dass keine von ihnen gewinnen kann, indem sie die andere vernichtet.“ Nach Jahren der Gewalt wächst laut Don Marko der Wunsch nach einer Verhandlungslösung. Auch die katholische Kirche ruft durch Predigten und Gebete zum Dialog und zur Versöhnung auf.

„Die Menschen sehnen sich nach Frieden, Austausch und Versöhnung. Wir hoffen, dass sich in naher Zukunft etwas ändern kann, auch wenn es nicht so aussieht, als würde dies sehr bald geschehen“, betont er. „Wir können keine Entscheidungen treffen, aber wir beten jeden Tag für den Frieden, damit der Herr den Verstand und das Herz der Entscheidungsträger im Sinne der Versöhnung erleuchtet. Die Zukunft liegt in Gottes Händen.“

(Fides, 24/10/2026)

Nigeria: 14 Jahre Haft für Christin wegen Weitergabe des Glaubens

In dem Bundesstaat im Nordosten des Landes gilt die Scharia

Maiduguri (IDEA) – Ein Gericht in dem islamisch dominierten Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias hat eine christliche Mutter zu 14 Jahren Haft verurteilt, nachdem sie einer muslimischen Frau von ihrem Glauben erzählt hatte. Das berichtet die christliche Organisation „International Christian Concern“ (ICC/Washington). Bei der Verurteilten handelt es sich um Liyatu Samuel Dawa. Die muslimische Frau, mit der Dawa gesprochen hatte, sei anschließend zum Christentum übergetreten. Vor Gericht sagte sie aus, sie habe sich aus freien Stücken für das Christentum entschieden und sei nicht zur Konversion gezwungen worden. Dawa soll vor Gericht ausgesagt haben, sie habe die Frau lediglich beraten. Vor der Urteilsverkündung habe sie um Milde gebeten. In Borno gilt die islamische Gesetzgebung (Scharia).

Ehemann in Lebensgefahr

Dawas Ehemann, der Evangelist Amos Suleman, hat sich eigenen Angaben zufolge wegen Morddrohungen versteckt. Zuvor sei er mehrere Monate in Haft gewesen und erst auf Kaution freigelassen worden. Nach seiner Freilassung hätten Extremisten begonnen, ihn zu bedrohen. Die Drohungen konnten laut ICC bislang nicht bestätigt werden. Die Region Gwoza im Bundesstaat Borno nahe der Grenze zu Kamerun gehört zu den Gebieten, die seit Jahren unter der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram und ihre Abspaltung „Islamic State – West Africa Province“ („Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“) leiden. Angriffe auf Zivilisten, Sicherheitskräfte und ganze Gemeinden haben laut ICC in Borno zu Vertreibungen und zur Zerstörung religiösen und gesellschaftlichen Lebens geführt.

Fragen zur Religionsfreiheit

Das Urteil wirft nach Einschätzung von ICC Fragen zum Verhältnis zwischen Anklage, Beweislage und den verfassungsmäßigen Garantien der Religionsfreiheit in Nigeria auf. Paragraf 38 Absatz 1 der nigerianischen Verfassung von 1999 gewährleistet jedem Menschen Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dazu gehört ausdrücklich das Recht, die Religion zu wechseln und den eigenen Glauben durch Lehre, Gottesdienst, Praxis und Beachtung zu bekunden. Paragraf 42 verbietet zudem die Diskriminierung aufgrund der Religion. Für eine vollständige rechtliche Bewertung des Falls seien die Anklageschrift, das vollständige Urteil und die vom Gericht herangezogenen Beweise erforderlich, so ICC. Nigeria gehört laut der christlichen Menschenrechtsorganisation Alliance Defending Freedom (ADF/Scottsdale, US-Bundesstaat Arizona) zu den für Christen gefährlichsten Ländern der Welt. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) werden dort jedes Jahr mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Auf dem Weltverfolgungsindex belegt der Staat Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Von den über 200 Millionen Einwohnern Nigerias sind jeweils knapp die Hälfte der Bevölkerung Christen und Muslime.

Nigeria: Drei Männer nach Entführung zweier Priester zum Tode verurteilt

Einer der Täter war Messdiener in der betroffenen Pfarrgemeinde

Yola (IDEA) – Ein Gericht im Nordosten Nigerias hat drei Männer wegen der Entführung zweier katholischer Priester zum Tode verurteilt. Unter den Verurteilten ist auch ein Mitglied der Pfarrgemeinde der Entführten. Darüber berichtet die Nachrichtenplattform „Christian Daily News“ am 27. Oktober. Der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Adamawa in Yola sprach das Urteil am 22. Oktober gegen Taledo Demiel, Namomai Medan und Mikaila Yusuf. Die drei Männer hatten die Priester Matthew Dutsemi und Abraham Sauman am 22. Februar 2025 aus der Sankt-Anne-Kirche in Gweda-Mallam im Kreis Numan verschleppt und 15 Tage lang im Haus Demiels festgehalten. Am 8. März 2025 wurden die Geistlichen von Agenten des nigerianischen Inlandsgeheimdienstes befreit. Ein Lösegeld wurde nicht gezahlt.

Täter kam aus den eigenen Reihen

Demiel war Messdiener in der Kirche der entführten Priester, wie der katholische Priester Moses Idris „Christian Daily News“ mitteilte. Über die Religion der beiden anderen Täter ist bislang nichts bekannt. Ein weiterer Priester äußerte, eine Gesellschaft müsse in der Lage sein, die Unschuldigen zu schützen, Menschen für ihr Handeln zur Verantwortung zu ziehen und ernsthaft über die Prinzipien nachzudenken, nach denen sie Recht spricht. „Vielleicht ist eine der größten Tragödien, dass Familien noch immer gezwungen sind, über die sichere Rückkehr ihrer Angehörigen zu verhandeln.“ Eine der größten Verantwortungen bestehe darin, auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, in der solche Angst immer seltener werde. Entführungen stellen in Nigeria eine dauerhafte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar und dienen häufig der Lösegelderpressung. Kriminelle Banden nehmen dabei auch Geistliche ins Visier, weil sie bei der Kirche eine hohe Zahlungsfähigkeit vermuten. Daneben verüben aber auch islamistische Gruppen wie Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) und Islamischer Staat Westafrika Provinz (ISWAP) Entführungen und Angriffe auf Christen und Geistliche. Nigeria hat mehr als 230 Millionen Einwohner. Jeweils rund 46 Prozent sind Christen oder Muslime.

Nigeria: Viele Entführungen

Als ihm im vergangenen Monat eine hohe Lösegeldforderung zugestellt wurde, erfuhr ein Pastor im Nordosten Nigerias, dass seine seit November 2025 vermisste Frau und Tochter von islamistischen Terroristen entführt worden waren. Mercy Simon und ihre kleine Tochter Talita Simon wurden am 9. November auf der Straße von Buratai über Biu und Bunu nach Yadi auf dem Weg zur Hochzeit ihres Bruders in Maiduguri im Bundesstaat Borno von mutmaßlichen Boko-Haram-Rebellen entführt, sagte ihr Ehemann, der sich lediglich als Pastor Simon vorstellte.

„Sie war die einzige Person, die aus dem Fahrzeug, in dem sie unterwegs waren, herausgeholt wurde, weil sie Christin ist“, erklärte er gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Und seit ihrer Entführung wusste ich nicht, was mit ihr geschehen war, bis im September 2026 – vor etwa einem Monat – ihre Entführer mich über WhatsApp kontaktierten, um ein Lösegeld in Höhe von 50 Millionen Naira [37.200 US-Dollar] zu fordern, bevor sie sie freilassen würden.“

Als er ihnen gegenüber beteuerte, dass er eine so große Summe nicht habe, senkten sie die Forderung auf 15 Millionen Naira (11.160 US-Dollar), sagte er und fügte hinzu: „Aber nach Tagen des Schweigens und Wartens verlangten sie schließlich 12 Millionen Naira [8.927 US-Dollar].“

Pastor Simon aus dem Dorf Chinene im Bezirk Gwoza hatte in Gemeinden in den Gebieten Chibok und Bama im Bundesstaat Borno gedient, doch die Angriffe von Boko Haram in der Region hätten ihn gezwungen, seinen Dienst aufzugeben, sagte er und fügte hinzu, dass er in Mubi im Bundesstaat Adamawa Zuflucht gefunden habe.

Er sagte, die Terroristen hielten 70 weitere Christen fest, und dass fünf weitere Christen am 19. Oktober aus der Gefangenschaft freigelassen worden seien, nachdem ihre Familien Lösegeld gezahlt hätten. Pastor Simon sagte, er sei traumatisiert, und fügte hinzu: „Seit meiner Frau und meiner Tochter entführt wurden, ist es nicht leicht für mich. In ihrer Abwesenheit muss ich mich nun allein um drei Kinder kümmern.“ „Ich flehe den nigerianischen Präsidenten und die Verantwortlichen an, dabei zu helfen, die Freilassung meiner Frau und meiner Tochter zu erwirken. Sie ist nicht die Einzige, die gefangen gehalten wird, denn es gibt etwa 70 weitere Christen, die von ihren Entführern gefangen gehalten werden.“

Pastor Simon sagte, er und andere Familienangehörige entführter Christen hätten Kontakt zu Senator Ali Ndume von der Nationalversammlung aufgenommen, „aber wir haben noch nichts von den Behörden gehört. Wir werden in unseren Gebeten und Hilferufen für unsere in Gefangenschaft befindlichen Familienmitglieder nicht nachlassen.“

Ein Ratsbeamter aus der Region, Barka Ilyasu, bestätigte die Entführung gegenüber Christian Daily International – Morning Star News. „Frau Mercy Simon und ihre Tochter Talita wurden am 9. November 2025 entlang der Straße von Buratai über Biu und Bunu nach Damaturu entführt und befinden sich nach wie vor in Gefangenschaft“, sagte Ilyasu. „Die Terroristen haben ihre Forderung von 50 Millionen Naira auf 12 Millionen Naira gesenkt – eine Summe, die sich die arme Familie immer noch nicht leisten kann.“

Es sei die vorrangige Aufgabe der Regierung, wie in der Verfassung verankert, die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung zu gewährleisten, sagte er. „Das Schweigen der Regierung zu diesen Themen ist ohrenbetäubend und schmerzhaft“, sagte Ilyasu. „Wir können sie nicht ihrem Schicksal überlassen.“ Pastor Simon sagte, er glaube, dass seine Frau und seine Tochter noch am Leben seien. „Auf den Bildern sieht man, dass sie immer noch dasselbe Kleid trägt, das sie vor etwa einem Jahr trug“, sagte er. Auch Anwohner der Region haben die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen.

„Ihr Ehemann und ihre Familie konnten das Lösegeld nicht aufbringen“, erklärte Chawai Friday gegenüber anderen Anwohnern. „Der Ehemann bestätigte, dass Mercy und ihre Tochter noch am Leben sind. Und die Tochter soll sich Berichten zufolge nicht in guter gesundheitlicher Verfassung befinden. Lasst uns beten, dass Gott Mercy und ihre Tochter beschützt, sie in der Gefangenschaft stärkt und einen Weg für ihre sichere und unverzügliche Freilassung ebnet.“

Laut der „World Watch List 2026“ von Open Doors wurden vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2025 in Nigeria mehr Christen getötet als in jedem anderen Land. Von den 4.849 Christen, die in diesem Zeitraum weltweit wegen ihres Glaubens getötet wurden, waren 3.490 – 72 Prozent – Nigerianer, ein Anstieg gegenüber 3.100 im Vorjahr. Nigeria belegte Platz 7 auf der WWL-Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

Dschihadistische Gruppen wie Boko Haram, die in ganz Nigeria die Scharia (islamisches Recht) durchsetzen wollen, und die Splittergruppe „Islamischer Staat in der Provinz Westafrika“ (ISWAP) sind unter anderem in den nördlichen Bundesstaaten des Landes aktiv, wo die Kontrolle der Bundesregierung kaum vorhanden ist und Christen sowie ihre Gemeinden weiterhin Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden an Straßensperren sind. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Die Gewalt hat sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet, und im Nordwesten ist eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens Lakurawa entstanden, die mit modernem Waffenarsenal ausgestattet ist und eine radikal-islamistische Agenda verfolgt. Lakurawa steht in Verbindung mit der expansionistischen Al-Qaida-Rebellengruppe „Jama’at Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin“ (JNIM), die ihren Ursprung in Mali hat.

<https://morningstarnews.org/2026/10/official-help-sought-to-recover-pastors-wife-daughter-in-nigeria/>

Pakistan: Vom Ziegelofen in die Freiheit

Ohne Land, ohne Bildung und ohne Fürsprecher: Christen in Pakistan stehen am Rand der Gesellschaft und können sich kaum gegen Unrecht wehren. Viele geraten deshalb in Schuldknechtschaft, aus der es für sie allein kaum einen Ausweg gibt.

(IDEA) Christian Solidarity International (CSI) zeigt auf, wie tief diese Not reicht.

Er bestimmte ein Vierteljahrhundert über unser Leben“, erinnert sich Bashir Masih. Viele Jahre arbeitete er als Schuldknecht in einer Ziegelei bei Faisalabad (Provinz Punjab). Völlig vom muslimischen Besitzer abhängig, schuftete der 48-jährige Christ ohne Schutz und ohne Rechte. Seinen Arbeitsort durfte er nicht verlassen. Das galt auch für seine Frau Shazia (43) und die drei Kinder Preshay (11), John Azeem (9) und Matthew (7). Dass Bashir und seine Familie dem Ziegeleibesitzer so ausgeliefert waren, ist kein Einzelfall. Es hat System: Im mehrheitlich muslimischen Pakistan gelten Christen als Bürger zweiter Klasse. Sie haben kaum Fürsprecher, und ihnen fehlt das Ansehen, um sich erfolgreich gegen Benachteiligung zu wehren. Viele von ihnen sind Analphabeten und können die Verträge nicht lesen, die sie arglos mit ihrem Daumenabdruck bestätigen. Hinzu kommen die rigiden Blasphemiegesetze: Schon eine falsche Anschuldigung kann Christen Besitz und Leben kosten.

Generationen in der Ziegelsklaverei

Am deutlichsten eigt sich diese Schutzlosigkeit in den Ziegeleien. Das US-Außenministerium schätzte 2025, dass in Pakistan rund 4,5 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen leben. Die Ziegelherstellung gehört dabei zu den wichtigsten Branchen. Anders als Textilien werden Ziegel nicht exportiert, deshalb greifen hier keine Lieferkettengesetze. Schätzungen zufolge stellen Christen rund 60 % der Arbeitskräfte in den Ziegeleien im Punjab, obwohl sie nur 2 % der Bevölkerung ausmachen. Mitunter wird ihnen dort sogar der Zugang zu Kirchen verwehrt. Zwar hat Pakistan die Schuldknechtschaft 1992 verboten, doch das Gesetz wird nur unzureichend umgesetzt. Ziegelei- und Großgrundbesitzer gehören oft selbst zur lokalen politischen Elite oder finanzieren sie. Deshalb zögern Polizei und Gerichte, zugunsten religiöser Minderheiten einzugreifen. Für christliche Familien ohne Land und gesellschaftlichen Einfluss ist es so besonders schwer, sich gegen die Besitzer zur Wehr zu setzen.

Dass gerade Christen so häufig in dieser Lage sind, hat historische Wurzeln. Viele ihrer Vorfahren gehörten niedrigen hinduistischen Kasten an und wurden während der britischen Kolonialzeit im 19. und 20. Jahrhundert Christen. Diese Herkunft prägt ihre gesellschaftliche Stellung bis heute. Weil diese Gruppen nie eigenes Land besaßen, sind sie weiterhin auf schlecht bezahlte, gefährliche Arbeit angewiesen. Dazu gehört neben der Ziegelherstellung auch die Reinigung von Abwasserkanälen. Diese strukturelle Armut macht sie anfällig für ausbeuterische Kredite von Land- oder Ziegeleibesitzern, sobald ein medizinischer Notfall oder eine familiäre Krise eintritt.

Eine Niere für die Schulden

So war es auch bei Bashir: Weil sein Vater an Asthma und Arthritis litt, musste die Familie immer wieder Geld beim Ziegeleibesitzer leihen. Als die Schulden wuchsen, verkaufte der verarmte Christ sogar eine Niere, um einen Teil davon zu tilgen. „Ich habe einen Teil meines Körpers aufgegeben, nur um ein wenig Frieden zu finden“, sagt er. Doch das Opfer war vergebens, die Familie blieb in der Schuldenfalle. Seitdem fiel Bashir die Arbeit schwerer denn je, vor allem in der Sommerhitze. Inzwischen brauchte er selbst medizinische Hilfe. Vielen Ziegeleisklaven geht es ähnlich: Nach jahrzehntelanger Arbeit und Unfällen werden sie zu Pflegefällen, und ihre Nachkommen müssen sich erneut Geld leihen. So bleiben ganze Generationen an die Ziegeleien gebunden.

Keine Zeit zum Lernen und Spielen

Wenn die Kräfte der Eltern schwinden, müssen die Kinder einspringen. Auch Preshay und ihre Brüder packten nach der Schule mit an, zwischen Schlamm und Ofenqualm. Zum Lernen und Spielen blieb kaum Zeit. Doch ohne Ausbildung ist ihr Schicksal praktisch vorgezeichnet. Wie ein „Käfig“ sei die Ziegelei gewesen, sagt die Elfjährige. Das Mädchen und seine Brüder hofften, später eine Ausbildung machen zu können. „Unsere Haut brannte ständig vom Schmutz.“

Freiheit und ein neuer Anfang

Für Preshay und ihre Familie hat sich dieser Käfig inzwischen geöffnet: Seit dem 24. Juli 2026 sind die Masihs frei. Mit Hilfe eines deutschen Unternehmens beglich CSI ihre Schulden und bezahlte die medizinische Versorgung der Familie. Um neu anzufangen, zog die Familie in ein anderes Dorf. Dort hat Bashir eine Lasten-Riksha bekommen, mit der er nun selbst Geld verdient. „Ich bin endlich ein freier Vater, der aufrecht stehen und seine Kinder beschützen kann.“ Seine Frau Shazia betreibt eine kleine Schneiderei. Die Kinder können sich jetzt ganz auf die Schule konzentrieren. „Wir schauen nicht mehr auf Ziegelsteine – wir schauen nur noch auf unsere Bücher und unsere Zukunft“, erzählt Preshay.

Nach 25 Jahren bestimmt kein Ziegeleibesitzer mehr über das Leben der Masihs. Unzählige andere christliche Familien in Pakistan warten dagegen noch immer auf diesen Tag. Für sie bleibt der Weg vom Ziegelofen in die Freiheit vorerst versperrt.

Hintergrundinformationen:

Christen werden in Pakistan vielfach benachteiligt und verfolgt. Islamisten schüren Hass und stacheln mit Blasphemievorwürfen zu Gewalt an. Schon eine Anschuldigung kann für Betroffene und ihre Familien tödlich enden. Die Blasphemiegesetze sehen Strafen bis hin zum Tod vor. Häufig werden sie für persönliche Rache oder wirtschaftliche Vorteile missbraucht. Überproportional häufig sind Christen betroffen. Konvertiten müssen zudem mit Gewalt durch ihr Umfeld rechnen, da sie als Abtrünnige gelten. Religiöse Vorurteile und Kastendenken drängen viele Christen in schlecht bezahlte Arbeit und begünstigen Schuldknechtschaft – eine Form der Sklaverei, von der Großgrundbesitzer profitieren. Christinnen sind zudem von Zwangskonversion zum Islam und Zwangsheirat mit Muslimen bedroht.

Kontakt: CSI-Deutschland gGmbH Lautensackstr. 7 | 80687 München Tel.: 089 58997550 E-Mail: info@csi-de.de Web: csi-de.de

Russland: „Menschenfreund“ Putin? –

Die IGFM macht auf Tausende politisch Verfolgte aufmerksam

(IGFM) Frankfurt am Main, 29. Oktober 2026 – Zum Tag der politischen Gefangenen in Russland warnt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) vor dem Ausmaß der politischen Verfolgung unter Wladimir Putin und kritisiert die Äußerung des US-Sondergesandten Steve Witkoff, der den russischen Präsidenten als „Menschenfreund“ bezeichnete. Während der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine täglich Menschenleben kostet, werden auch im Inneren Russlands Kritiker verfolgt, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und ihrer Freiheit beraubt. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert, ihre Freilassung und den Schutz ihrer Rechte zu konkreten Bedingungen für jegliche Verhandlungen mit dem Putin-Regime zu machen.

Die IGFM fordert, Menschenrechte und die Freilassung willkürlich Inhaftierter zum festen Bestandteil diplomatischer Gespräche zu machen.

„Wer mit Wladimir Putin verhandelt, darf die Menschen nicht vergessen, die unter seiner Herrschaft in Gefängnissen sitzen, verfolgt und ihrer Freiheit beraubt werden. Ebenso wenig dürfen die Opfer des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine aus dem Blick geraten. Menschenrechte müssen bei jeder diplomatischen Initiative eine zentrale Rolle spielen“, kommentiert Edgar Lamm, Vorsitzender der IGFM.

Tausende politische Gefangene – ein System der Repression

Die Datenbank der russischen Menschenrechtsorganisation OVD-Info erfasst insgesamt 6.808 Menschen, die politisch motivierten Strafverfahren ausgesetzt wurden. 2.366 von ihnen befinden sich derzeit in Haft; mehr als 10 Personen sind hinter Gittern verstorben. Es wurden Fälle von unzureichender medizinischer Versorgung, gesundheitsschädlichen Haftbedingungen und Misshandlung bei der Inhaftierung dokumentiert.

Die Verfolgung politischer Gegner beschränkt sich in Russland längst nicht auf prominente Oppositionelle. Hinzu kommen Menschen, die durch die russische Gesetzgebung als „Extremisten“ oder „ausländische Agenten“ gebrandmarkt werden. Dadurch werden unabhängige Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, Wissenschaftler, Journalisten und Regierungskritiker eingeschüchtert und in ihrer Arbeit behindert.

Hinter jeder Zahl steht ein Mensch

Die Dimension der Verfolgung wird besonders durch die Einzelschicksale greifbar. [Arsenij Turbin](#), der zum Zeitpunkt seiner Festnahme erst 14 Jahre alt war, wurde 2024 wegen der Verbreitung selbstgemachter Flugblätter gegen den aggressiven Krieg Russlands zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt; die Haft hat seiner körperlichen Entwicklung und seiner psychischen Gesundheit erheblichen Schaden zugefügt.

Der 66-jährige Historiker [Alexander Skobow](#), ein bereits zu Sowjetzeiten bekannter und verfolgter Dissident, wurde letztes Jahr wegen seiner Kritik am Krieg und an Putin zu 16 Jahren Freiheitsentzug verurteilt; er wird regelmäßig in die Isolationszelle gesperrt.

[Nadeschda Rossinskaja](#) wurde 2025 wegen humanitärer Hilfe für ukrainische Kriegsoffer zu 22 Jahren Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt; am 26. Oktober 2026 wurde sie in ein Krankenhaus in Barnaul verlegt, nachdem ihr trotz wiederholter Beschwerden und sich verschlechternder Gesundheit lange keine ausreichende medizinische Versorgung zuteilwurde.

Auch Rechtsanwälte, die den Mut hatten, politische Gefangene im heutigen Russland zu verteidigen, werden von den Behörden verfolgt. Die IGFM erinnert in diesem Zusammenhang an [Alexej Lipzer](#), einen Anwalt des verstorbenen russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny, der im Januar 2025 zu fünf Jahren Haft verurteilt und ein Jahr später in eine mehr als 4.300 Kilometer von seiner Familie entfernte Strafkolonie in Abakan, Südsibirien verlegt wurde. Lipzer leidet an einem schweren Bandscheibenvorfall, muss jedoch weiterhin Zwangsarbeit verrichten und täglich zweimal jeweils 40 Eimer mit je zehn Litern Inhalt tragen.

Mehr als 16.000 ukrainische Zivilisten in russischer Haft

Neben politischen Gefangenen in Russland sind auch Tausende ukrainische Zivilisten betroffen: Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden mehr als 16.000 ukrainische Zivilisten von Russland festgehalten beziehungsweise verschleppt. Berichte befreiter Gefangener dokumentieren [Folter, Misshandlungen und unzureichende medizinische Versorgung](#) in russischen Gefängnissen.

Kein Frieden auf Kosten der Menschenrechte

Die IGFM warnt davor, dass politische Annäherung zwischen Russland und den USA die Opfer russischer Repression aus dem Blick geraten lässt. Die Menschenrechtsorganisation appelliert an die US-Regierung, die aktuelle Menschenrechtssituation in Russland konsequent in Gespräche mit Moskau einzubeziehen und die Freilassung politischer Gefangener und verschleppter Ukrainer einzufordern. Die IGFM macht deutlich: Menschenrechte dürfen keine Verhandlungsmasse sein.

Serbien: Polizist erschießt Angreifer vor israelischer Botschaft

Personal unversehrt

(Von Israelnetz, 28. Oktober 2026) Ein Minderjähriger hat in der Nacht zu Mittwoch vor der israelischen Botschaft in Belgrad einen Polizisten mit zwei Messern angegriffen und leicht verletzt. Er wurde von dem Wachmann erschossen. Das teilte der serbische Innenminister Ivica Dacic mit. Die Identität des Angreifers sei noch nicht bekannt. Er habe „Allahu Akbar“ gerufen. Das israelische Außenministerium bestätigte auf X die Berichte von einem versuchten Terroranschlag. Mitarbeiter der Botschaft, die zu dem Zeitpunkt geschlossen war, seien nicht zu Schaden gekommen. Die zuständigen Behörden untersuchten den Vorfall. (eh)

Somalia: Ein Glaube, der alles kostet

In Somalia kann der Glaube an Jesus lebensgefährlich sein. Christen drohen Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt. Coworkers erzählt die Geschichte eines Mannes, der trotz dieser Gefahr an seinem Glauben festhält.

(IDEA) In Somalia kann der Glaube an Jesus lebensgefährlich sein. Christen drohen Ausgrenzung, Verfolgung und Gewalt. Coworkers erzählt die Geschichte eines Mannes, der trotz dieser Gefahr an seinem Glauben festhält.

Als Kinay (Name geändert) auf „Senden“ klickt, weiß er, was er riskiert. Auf der Online-Plattform einer christlichen Partnerorganisation von Coworkers kritisiert er anonym die Regierung Somalias dafür, wie sie mit Christen umgeht: Sie schränkt ihre Rechte ein und überlässt sie schutzlos ihrem feindseligen Umfeld. Unter seinem echten Namen hätte den Familienvater diese Äußerung wohl sofort seinen hochrangigen Posten in einer Behörde gekostet. Frustriert über die Verhältnisse in seiner Heimat, hatte er sich zuvor auf die Suche nach Antworten gemacht. Viele davon fand er in der Bibel.

Im Untergrund

Damit gehört Kinay zu einer Gruppe, die in Somalia als Verräter gilt. Für einen Großteil der somalischen Bevölkerung ist der Islam eng mit der eigenen, auch nationalen Identität verbunden. Die Regierung unterdrückt Christen vor allem rechtlich: Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion. Gesetze müssen mit der Scharia vereinbar sein. Eine Kirche gibt es offiziell nicht, und christliches Leben ist im Alltag praktisch nicht vorgesehen. Bedrohte Christen können kaum auf Schutz durch Polizei oder Justiz hoffen.

Eine besondere Gefahr geht für Christen von der Terrorgruppe Al-Shabaab aus, die einen Teil des Landes kontrolliert. Ihr Ziel ist ein streng islamistischer Staat; dafür will sie alle Christen im Land auslöschen. Die Regierung hält die Miliz zwar für unislamisch, doch das Land hat seit 1991 keine stabile Regierung mehr; immer wieder kommt es zu Kämpfen mit Al-Shabaab. So bleibt Christen nichts anderes übrig, als ihren Glauben im Verborgenen zu leben, oft im Schutz des Internets.

Sichere digitale Räume

Somalias Regierung kann das Internet nicht so streng kontrollieren wie etwa China – ein Glück für Christen. So stoßen die Mitarbeiter der christlichen Organisation auf Kinays Kommentar. Vorsichtig nehmen sie Kontakt zu ihm auf und schicken ihm digitales christliches Material. Kinay berichtet: „Seit sechs Monaten verfolge ich eure geposteten Predigten. Ich erfahre Veränderung und Segen in meinem Leben. Ich habe mir eine somalische Bibel heruntergeladen und gerade das Johannesevangelium zu Ende gelesen. Schickt mir alles, was mich zur Wahrheit und zur Erlösung durch Jesus Christus führt.“ Mit dieser Bitte begibt sich Kinay in große Gefahr: Schon der Besitz christlicher Bücher, Traktate oder einer Bibel kann schwere Konsequenzen haben. Christliche Organisationen stellen deshalb evangelistische Videos und Literatur online bereit, beantworten Fragen zur Bibel und begleiten Menschen im jungen Glauben. Diese vergleichsweise geschützten digitalen Räume ermöglichen vielen Muslimen erst eine Begegnung mit dem Evangelium. „Zwei Monate nach unserem ersten Gespräch schloss Kinay erfolgreich einen unserer Online-Bibelstudienkurse ab. Er begann sogar, seinen Familienmitgliedern von Jesus zu erzählen“, erinnert sich ein Mitarbeiter.

Familie als Risiko

Damit geht Kinay das nächste große Wagnis ein: Die somalische Gesellschaft ist stark von Stammeszugehörigkeit geprägt. Wer Christ wird, stellt aus Sicht der Familie oft nicht nur den muslimischen Glauben, sondern auch gemeinsame Traditionen infrage. Schon Kinder müssen verpflichtend am Islamunterricht teilnehmen. Umso erstaunlicher ist, dass sich auch Kinays Sohn für Jesus entscheidet. Ausschlaggebend ist die Veränderung im Leben seines Vaters. Kinay bringt seine Familie daraufhin nach Kenia, wo sie sicher ist und der christliche Glaube kein Todesurteil bedeutet. Er selbst bleibt in Somalia, um mit seiner Arbeit in der Behörde die Familie zu versorgen.

Schutzhaus für Konvertiten

Wie Kinays Familie müssen viele somalische Christen ihre Heimat verlassen, um zu überleben. Dabei verlieren die meisten ihr soziales Umfeld und ihre Arbeit. Um sie zu unterstützen, baut Coworkers derzeit ein Schutzhaus in einem Nachbarland Somalias. Konvertiten sollen dort vorübergehend unterkommen, Gemeinschaft mit anderen Christen erleben und an einem Jüngerschaftskurs teilnehmen. Praktische Fortbildungen sollen ihnen zudem helfen, langfristig ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.

Kinays Geschichte steht stellvertretend für viele somalische Christen, die in einem Klima aus Angst und Unterdrückung außergewöhnlichen Mut beweisen. Und trotz aller Gefahren geschieht ein Wunder: Die kleine christliche Gemeinschaft unter Somalis wächst weiter.

Hintergrundinformationen

Die seit 2012 in Teilen des Landes geltende provisorische Verfassung der Bundesrepublik Somalia sichert allen Bürgern unabhängig von der Religion gleiche Rechte zu. Zugleich ist der Islam jedoch Staatsreligion und die Scharia Quelle der Gesetzgebung. In den Teilregionen wie Somaliland oder Puntland geht die Justiz aktiv gegen vermeintliche christliche Einflüsse vor. Ein Glaubenswechsel weg vom Islam und die Verbreitung anderer Religionen sind je nach Region entweder indirekt oder ausdrücklich untersagt. Fast alle Christen im Land sind ehemalige Muslime. Die somalischen Behörden und auch die Gesellschaft im Allgemeinen zeigen keine Toleranz gegenüber Konvertiten, die sich vom Islam abgewendet haben. Christen treffen sich, wenn überhaupt, in kleinen Hauskreisen. Schon der Besitz christlicher Schriften kann lebensgefährlich sein. Besonders gefährdet sind Christen in den von der islamistischen Miliz Al-Shabaab kontrollierten Gebieten im Süden und Südwesten. Gefahr geht auch von Familien, Clans und Nachbarn aus. Schon der Verdacht einer Konversion kann zu Entführung oder Tötung führen. Frauen drohen zudem sexualisierte Gewalt und Zwangsverheiratung.

Weltweit: Lage der Christen in vielen Ländern verschlechtert

„Kirche in Not“: 220 Millionen Christen weltweit unmittelbar betroffen

London/Königstein im Taunus (IDEA) – Die Lage der Christen hat sich in den vergangenen zwei Jahren in zehn von 18 untersuchten Ländern verschlechtert. In keinem der Staaten habe sich die Situation insgesamt verbessert. Das geht aus dem Bericht „Verfolgt und vergessen?“ des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ (ACN/Königstein im Taunus) hervor, der am 27. Oktober in London vorgestellt wurde. Er umfasst den Zeitraum von August 2024 bis Juni 2026 und untersucht Länder, in denen Verletzungen der Religionsfreiheit gegenüber Christen als besonders besorgniserregend gelten. Verschlechtert hat sich die Lage demnach unter anderem in China, Nigeria und Pakistan. Zudem umfasst der Bericht Myanmar, Burkina Faso, Nordkorea, Ägypten, Eritrea, Indien, Iran, Irak, Mali, Mosambik, Nicaragua, Syrien, Sudan, die Türkei und Vietnam. Nach Zahlen von ACN leben 413 Millionen Christen in Ländern mit schweren Verletzungen der Religionsfreiheit. Rund 220 Millionen seien unmittelbar Verfolgung ausgesetzt.

Extremistische Gewalt in Afrika

Als großes Problem nennt der Bericht die Vertreibung. Christen seien Teil eines umfassenderen Exodus von Menschen, die durch teils religiös motivierte Konflikte in Afrika und Asien ihre Heimat verlören. Allein in Nigeria befänden sich Millionen Christen unter den Binnenvertriebenen. Die anhaltende extremistische Gewalt in Teilen Afrikas südlich der Sahara wecke die Sorge, dass die Vertreibung die religiöse Zusammensetzung der betroffenen Regionen dauerhaft verändern könnte. In Cabo Delgado im Norden Mosambiks verwüste ein islamistischer Aufstand seit 2017 ganze Gemeinschaften. Von ACN zitierten Berichten zufolge wurden dort mehr als 2.000 Christen getötet. In Burkina Faso, Mali und Niger kontrollieren islamistische Gruppen laut Bericht große Teile der Sahelzone oder sind dort aktiv. Teils dürften Christen ihren Glauben nur noch innerhalb von Kirchengebäuden ausüben.

Autoritäre Staaten verschärfen Druck

In Ländern mit autoritären Regierungen zeige sich der Druck auf andere Weise: Im Iran habe sich die Zahl der Festnahmen von Christen innerhalb von zwölf Monaten auf 254 registrierte Fälle im Jahr 2025 verdoppelt. In China hätten die Behörden ihre Kontrolle über christliche Gemeinden weiter ausgebaut. In Nicaragua halte die Konfrontation der Regierung mit der katholischen Kirche an. Sie habe zur Festnahme und Ausweisung von Geistlichen, zu Einschränkungen bei Priesterweihen und zur Beschlagnahmung kirchlicher Einrichtungen geführt.

Indien: Mehr als 700 Übergriffe auf Christen

Als dritte Entwicklung nennt die Studie den wachsenden Einfluss des religiösen Nationalismus, vor allem in Teilen Asiens. In Indien wurden 2025 mehr als 700 Fälle antichristlicher Gewalt registriert. Der Bericht führt den Anstieg auf eine zunehmende gesellschaftliche Feindseligkeit und die Ausweitung sogenannter Anti-Konversionsgesetze zurück. Christlichen Organisationen zufolge würden diese immer häufiger zur Unterdrückung von Minderheiten eingesetzt. Das Hilfswerk pocht auf die konsequente Umsetzung von Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der die Religionsfreiheit schützt. Zugleich warnt der Bericht davor, die Gewalt allein auf Religion zurückzuführen. Ethnische Zugehörigkeit, politische Instabilität, Armut und der Wettstreit um Ressourcen überschneiden sich häufig mit der religiösen Identität.

Fallstudien statt Gesamtbilanz

„Kirche in Not“ beschränkt den Bericht auf Länder, in denen die Religionsfreiheit nach eigener Einschätzung besonders bedroht ist. Damit setzt die Organisation auf Fallstudien mit Trendaussage statt auf eine Gesamtbilanz. Zum Vergleich: Das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors erstellt jährlich einen Weltverfolgungsindex der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung und untersucht dafür rund 100 Länder. „Kirche in Not“ wurde 1947 als Solidaritätsaktion für Vertriebene gegründet und ist seit 2011 eine Päpstliche Stiftung.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]